

Volksrecht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Zeugungspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expeditoren: Flurstraße 4/8, durch die Hotel-Expeditoren, dem Standquartier der englischen Besatzungsbehörden, zwei Kompagnien schottischer Infanterie auf, um beim Niederholen der britischen Flagge die militärischen Ehren zu erweisen. Mit klingendem Spiel zog dann die Truppe zum Bahnhof, wo sofort der Abtransport erfolgte. Unmittelbar nach dem Abzug der Besatzung fliegten viele private und öffentliche Gebäude in den Farben des Reichs-, Landes- und Stadtfarben. Wo an einzelnen Häusern schwarz-weiß-rote Flaggen zum Vorschein kamen, machte die Bevölkerung teilweise kurzen Prozess und holte sie herunter. In der großen Befreiungsumgebung, die auf Veranlassung des Oberbürgermeisters am Sonntag nach dem Kölner Dom stattfand, nahmen die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften nicht teil. Auch die Kommunisten hatten ihre Anhänger aufgeföhrt, der Kundgebung fernzubleiben.

Organ für die wertfällige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle: Dresden 2
Verlags- und Anstalts-: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Nr. 2352

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschaltete Anzeigen aus Schlesien 70 Pf., Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellenangelegenheiten, Vermählungs- und Wohnungsanzeigen: 7 Pf., kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Samstag 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expeditoren-Flurstraße 4/8 oder in den Zweigstellen abgegeben werden

Die Kölner Zone geräumt.

Der Erfolg der Erfüllungspolitik.

Köln, 30. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Köln ist seit Sonnabend nachmittags 4 Uhr von Besatzungstruppen vollkommen frei. Um 3 Uhr nachmittags marschierten am Domplatz vor dem Hotel Erzherzog, dem Standquartier der englischen Besatzungsbehörden, zwei Kompagnien schottischer Infanterie auf, um beim Niederholen der britischen Flagge die militärischen Ehren zu erweisen. Mit klingendem Spiel zog dann die Truppe zum Bahnhof, wo sofort der Abtransport erfolgte. Unmittelbar nach dem Abzug der Besatzung fliegten viele private und öffentliche Gebäude in den Farben des Reichs-, Landes- und Stadtfarben. Wo an einzelnen Häusern schwarz-weiß-rote Flaggen zum Vorschein kamen, machte die Bevölkerung teilweise kurzen Prozess und holte sie herunter. In der großen Befreiungsumgebung, die auf Veranlassung des Oberbürgermeisters am Sonntag nach dem Kölner Dom stattfand, nahmen die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften nicht teil. Auch die Kommunisten hatten ihre Anhänger aufgeföhrt, der Kundgebung fernzubleiben.

Köln, 30. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonnabend nachmittags um 3 Uhr wurde von dem Hauptquartier der hier in Garnison befindlichen französischen Truppen die Nationalflagge niedergeholt. Dieser Akt erfolgte in feierlicher Form mit anschließendem Paradezug. Die Truppen marschierten dann zu dem Güterbahnhof, von wo sie sofort weiterbefördert wurden.

Köln, 1. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Heute 12 Uhr nachts begann vor dem Kölner Dom die miternächtliche Befreiungsfeier, die durch das Geläute der neuen großen Domglocke eingeleitet wurde. Eine ungeheure Menschenmenge hatte sich auf dem Domplatz und in den anschließenden Straßen zusammengeedrängt. Als erster ergriff Oberbürgermeister Dr. Heinen das Wort, der der Hoffnung Ausdruck gab, daß mit der Räumung der ersten Besatzungszone auch ein neuer Geist in die Völker Europas einziehe. Die Grundzüge des Rechts und der Moral, die jeden Menschen als frei und gleichberechtigt erkennen, müßten auch in Wahrheit nicht nur in Worten Geltung erhalten für die Gesellschaft der Völker. Die Ansprache, in der der Oberbürgermeister anerkannte, daß der abgezogene Gegner auf politischem Gebiet gerechtes Spiel habe wachen lassen, klang aus in dem Schwur „zur Einheit, zur Treue dem Volke, zur Liebe des Vaterlandes“.

Ueberraschenderweise hatte sich zu der nächtlichen Feier der preussische Ministerpräsident Genosse Otto Braun eingefunden, der von der Menge mit kühnlichen Hochrufen empfangen wurde, als sie von seiner Anwesenheit Kenntnis erhielt. Der Ministerpräsident wies darauf hin, daß die sieben schweren Jahre der Fremdherrschaft für die rheinische Bevölkerung um so schwerer und drückender sein müßten, als das rheinische Volk immer von einer ganz besonders ausgeprägten Freiheitsliebe war. Mit der Freude, die auch die preussische Regierung über die Räumung empfinde, verbinde sich der unaussprechliche Dank an alle Kreise der Bevölkerung. Die Freude werde freilich noch getrübt durch die schmerzliche Tatsache, daß mehr als sieben Millionen Volksgenossen weiterhin unter fremder Besatzung leben müßten. Diesen noch leidenden Brüdern und Schwestern am Rhein, Mosel und Saar gelte die Grüße, der Dank und die unbedingte Versicherung, daß wir nichts unversucht lassen wollen, um ihre Leiden zu lindern und abzukürzen. Daß diese Verkündung in nicht zu ferner Zeit eintrete, sei die zurechtstehende Hoffnung und bestimmte Erwartung.

Die Feier selbst mit dem einleitenden Klang der deutschen Glocke, mit den Ansprachen des Oberbürgermeisters und des Ministerpräsidenten, dem Beifall und dem Deutschland-Lied, war durch die Köln-Eberfeld-Darminunder-Sende-Gesellschaft im Rundfunk über das gesamte Reich und weit über die Grenzen Deutschlands hinaus verbreitet worden.

Die Räumung der Kölner Zone darf vom deutschen Volke nicht nur mit Gefühlsumgebungen begrüßt werden, wie sie in dem bisher besetzten Gebiet ja freilich verständlich genug sind. Es gilt auch in einem solchen Augenblick, klar zu erkennen, wodurch das möglich wurde, was die nationalpolitischen und kommunistischen Gegner der deutschen Erfüllungspolitik für alle Zeiten als ausgeschlossen erklärt hatten: der freiwillige Rückzug der Ententetruppen.

Drei Ursachen haben hier zusammengewirkt. Der Wahlerfolg der französischen Linken und die Bildung einer belgischen Koalitionsregierung mit einem sozialistischen Außenminister haben an Stelle der wirtschaftlich wenig ergebnisreichen Methoden des Militarismus bei den Westmächten den Wunsch nach Verständigung ihrer Interessen mit denen des deutschen Volkes zur Führung gebracht. Die durch das Kabinett Marx in London festgelegte und durch Luther-Stresemann in Locarno fortgesetzte Politik der Vertragserfüllung und des Redaktionsvertrages auf deutscher Seite haben die Möglichkeit geboten, diese Verständigung zu vollziehen. Die außereuropäischen Beziehungen der Westmächte in ihren Kolonialgebieten haben ebenfalls dazu beigetragen, das

Europa durch Abbau der Besatzungspolitik zu beschleunigen, damit man den Einkreisen in Westeuropa trotz dieser Kolonialabenteuer mit Verkürzung der Seeresidentzeit entgegenkommen konnte. Internationale Verständigungspolitik in Westeuropa, Erfüllungspolitik der Reichsregierung und Druck der unterworfenen Völker außerhalb Europas haben zusammen diesen Fortschritt erzwingen, der auch auf die deutsche Wirtschaftskrise erleichternd zurückwirken wird.

Die Ermäßigung der Besatzung.

Paris, 31. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Pariser Presse bestätigt, daß in der Aussprache zwischen Briand und Chamberlain eine Reduktion der alliierten Truppen im Rheinland um 15 000 Mann in Aussicht genommen worden ist. Dadurch wird die Stärke der Besatzungsarmee auf 60 000 verringert. Ein offizieller Beschluß darüber liegt allerdings noch nicht vor, da die beiden Minister ihre endgültige Entscheidung von der Zustimmung der zuständigen militärischen Dienststellen abhängig machen. Auf jeden Fall soll die Zurückziehung der Truppen erst erfolgen, wenn Deutschland die Erfüllung der letzten, auf dem Gebiete der Abrüstung gemachten Zusagen mit seinen der Vorkonferenz gegebenen Versprechungen in Einklang gebracht hat.

Beworftelnder Wechsel in der Verwaltung des Saargebiets.

Paris, 31. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Eine offiziöse Meldung bestätigt, daß Herr Kaulf, der Vorsitzende der Regierungskommission für das Saargebiet, demnächst seinen Posten niederlegen wird, da er nicht die Absicht habe, sich in Genf erneut zur Wahl zu stellen.

Herr Kaulf, der die Politik des Saargebiets bisher geleitet hat, war der Vertrauensmann der französischen Nationalisten, die ihn zur Zeit ihrer Macht auf diesen Posten gehoben hatten. Sein Ziel war, das Saargebiet nach 15jähriger Besatzungszeit durch die im Friedensvertrag vorgesehene Volksabstimmung französisch zu machen. Die zu diesem Zweck von ihm angewandten Mittel waren aber so reaktionär und kleinlich, daß sie vor allem die zahllosmäßig ausschlaggebenden arbeitenden Massen an der Saar in ihrem Festhalten an Deutschland nur bestärkten. In weiten französischen Kreisen wuchs infolgedessen die Kritik an der bisherigen Saarpolitik: die Linke erklärte sie für verfehlt, weil sie gegen die Annexion ist, die Rechte, weil sie fürchten mußte, daß die Besatzungsprinzipien durch ihre Selbstsucht die Annexion erschweren.

Ein sozialistischer Abgeordneter der französischen Kammer, der Genosse Jules Herz, schlug unter diesem Eindruck kürzlich sogar vor, die Besatzungsmächte sollten jetzt das Saargebiet gegen eine Entschädigung für die Ausbeutungsrechte an den Franken usw., an Deutschland zurückgeben. Soweit dürfte die bürgerliche französische Regierung nicht gehen, zumal wenn die Entschädigung im Gegensatz zu dem Ursprünglichen Vorschlag nach den Schätzungen der Reparationskommission ausfallen würde, deren Nichtigkeit sich dann hier einmal an ihren bisherigen Rückstufen rächen würde. Erst wenn man den Nachfolger des Präsidenten Kaulf kennt, wird man sich ein Bild davon machen können, ob jetzt nur eine klügere Taktik der Französiser beginnen soll oder aber eine wirkliche Politik des Ausgleichs mit dem deutschen Volk auch in dieser Frage, die praktisch auf die Rückgabe dieses „Ober-Schlesien des Westens“ an das Reich hinauslaufen müßte.

Die Wahlrechtsreform.

Aus parlamentarischen Kreisen verlautet, daß die geplante Wahlrechtsreform vor allem den Zweck verfolgt, die großen Wahlkreise durch kleine zu ersetzen und das bisherige harte Listenstimmrecht durch ein Verfahren zu ändern, in dem die Persönlichkeit des Kandidaten mehr als bisher zur Geltung kommt. Es ist beabsichtigt, die bisherigen 35 Wahlkreise so aufzuteilen, daß 156 Wahlkreise entstehen. Außerdem soll in Zukunft auf niedrigsteinstufige abgegebene Stimmen ein Mandat entfallen, so daß also der künftige Reichstag um etwa hundert Abgeordnete kleiner sein dürfte als bisher.

Von gewissen Kreisen, die leider auch im Zentrum nicht ohne Einfluß sind, wird mit dieser erwünschten Reform der Wahlkreiseinteilung der Wunsch nach Veränderung des Wahlrechts selbst — Herabsetzung des Wahlalters und ähnliches mehr — verbunden. Da das aber eine Verfassungsänderung bedenten würde, genügt der gemeinsame Widerstand von Sozialdemokraten und Kommunisten, um solchen Plänen jede Hoffnung zu nehmen, so daß die Reichsregierung sie kaum

Die Revolution hat Deutschland gerettet.

Prinz Max v. Baden, der im übrigen scharf genug gegen die Verfechter der Dolchstoßlüge Stellung genommen hat, ist bei Abfassung der vom Untersuchungs-ausschuß bekanntgegebenen Stelle seines Buches einer großen Täuschung unterlegen: Auch er glaubt daran, daß im Herbst 1918 irgend ein „jellischer Auftrieb“ und ein erneuter Widerstand am Kriegsausgang etwas hätte ändern können. Natürlich ist er sich darüber klar, daß für einen siegreichen noch auch nur leidlichen Frieden keine Möglichkeit mehr besteht; aber er meint, die Kapitulation vom 11. November hätte man vermeiden und bessere Waffenstillstandsbedingungen herausholen können, wenn die Feinde gesehen hätten, daß an Deutschland noch etwas zu überwinden war. Er sieht diese Ansicht auf psychologische Gründe: die gegnerischen Soldaten hätten sich gesagt, daß sie doch nicht zu sterben brauchten, nur um Jochs Waffenstillstandsbedingungen gegen das ohnehin geschlagene Deutschland durchzusetzen, und diese Stimmung würde dann die alliierten Staatsmänner veranlassen haben, auf eine vollständige Vernichtung der militärischen und politischen Stellung Deutschlands zu verzichten.

Die Ansicht des Prinzen Max ist kennzeichnend für die Vorstellungen vieler an sich wohlmeinender Leute, die wohl die giftige Dolchstoßlüge verabsehen, aber ihre Grundlosigkeit doch nicht bis ins Letzte erkennen. Auch sie haben Unrecht. Die Frage: „Konnten wir weiterkämpfen?“ ist bedingungslos zu verneinen. Sobald einmal auf Ludendorffs Drahtgen die Waffenstillstandsbitte an die amerikanische Regierung abgegangen war, mußte die Partei für Deutschland als absolut verloren gelten, und Dr. Eugen Fischer hatte ganz Recht, als er im Münchener Dolchstoßprozeß sagte, wir hätten ebensogut schon damals einfach jeden Widerstand aufgeben können. Der bayrische Kriegsminister schrieb auf den Rand eines Berichts, in dem von der Hoffnung Ludendorffs auf ein Durchhalten bis zum Frühjahr die Rede war, mit Bleistift die Bemerkung: „Was wäre damit genützt?“ Auch er hat die außenpolitischen Faktoren richtiger eingeschätzt, als es nachträglich der Prinz Max und anderer tut. Freilich war damals die richtige Erkenntnis auch leichter zu fassen als heute.

Daß irgend eine Macht der Welt im Herbst 1918 die alliierten Völker hätte dazu bringen können, auf die restlose Vernichtung aller militärischen Hilfsmittel Deutschlands zu verzichten, ist eine völlig haltlose Vorstellung. Gewiß mag der eine oder andere Staatsmann der Entente berechnet haben, daß es doch eigentlich ein sinnloses Unterjagen sei, nach Erreichung der wesentlichen politischen Ziele zur bloßen Demütigung des Gegners noch weitere Menschen- und Geldopfer zu bringen. Aber damals entschied ja überhaupt nicht nüchternere Berechnung, sondern die Leidenschaft und der Siegesrausch. Für die Völker der Entente und ganz besonders für die Amerikaner war dieser Krieg nicht ein gewöhnlicher Feldzug, sondern ein Kreuzzug zur Züchtigung des großen Sünders Deutschland. Und diese Züchtigung mußte vollstreckt werden. Dazu kam die Angst vor dem unvollständig gelassenen Siege. Jahrelang hatte man — bei der Entente noch mehr als bei uns, und schon bei uns reichlich viel — dem Volke gepredigt, die große Gefahr sei der zu früh geschlossene Friede, der den Feind nicht erledige und deshalb den Krieg in Kürze wieder wieder aufleben lasse. Da diese Angst einmal da war, schreckte die Erinnerung an die bisher gebrachten Opfer von der Fortsetzung des Krieges nicht ab, sondern wirkte im Gegenteil als Antrieb, weil man fürchtete, den schon gezahlten Preis zu verlieren, wenn man vor den letzten Opfern zurückstehe. Solange freilich das Ende noch unabsehbar schien, war der Friedenswille der Völker trotz alledem im Wachen. Aber seit dem Sommer 1918 und gar erst seit den Ereignissen des September mußte jeder Soldat und jeder Zivilist in Frankreich, England, Italien und Amerika, daß der Zusammenbruch der Mittelmächte nur noch eine Frage weniger Monate war. Und da waren diese Völker ganz und gar nicht bereit, auf die Vollendung des Sieges und auf die vollkommene Zerstörung der Macht Deutschlands zu verzichten.

Die Militaristen in den Ententestaaten haben diese psychologische Situation nach Kräften ausgenutzt. Ihnen war das Ende des Krieges ein höchst unangenehmere Geschehnis, als die noch nicht abgeklärte Situation

für den amerikanischen Offizier bedeutete der Krieg noch einen viel größeren Machtzuwachs als für den deutschen. In Deutschland bildeten die Herren im bunten Rock auch im Frieden den ersten Stand. In den demokratischen Ländern dagegen hatten sie nur im Kriege etwas zu sagen. Wenn auch die oberste Kommandogewalt in allen Entente-Ländern in der Hand des zivilen Ministeriums lag, so war doch im Volke selbst die Stellung des Militärs im Kriege sehr stark. Die Luft, diese Stellung aufzugeben, war außerordentlich gering.

Alle diese Momente schufen eine Stimmung, die man geradezu als ein Echo nach einem Einmarsch in Deutschland bezeichnen kann. Ja, der einfache Einmarsch genügte noch gar nicht; am liebsten hätte man die deutschen Städte in Schutt und Asche gelegt und ganz Deutschland nach dem Vorbild Nordfrankreichs zerstört. Literarische Zeugnisse, die ja oft politisch ungemein lehrreich sind, haben uns ein ausgezeichnetes Bild dieser Stimmung gegeben. Es sei nur an den großen Roman von Upton Sinclair: „Jimmy Higgins“ erinnert.

Ein deutscher Widerstand noch in letzter Stunde hätte den Nachwünschen den Vorwand zum hemmungslosen Ausstoßen geliefert. Gerade unter diesem Gesichtspunkt trug der geplante Flottenvorstoß eine fürchterliche Gefahr in sich. Die Matrosen in Kiel und Wilhelmshaven, die sich der Ausfahrt der Flotte widersetzen, haben die Tragweite der Pläne ihrer Offiziere und damit die Bedeutung ihres eigenen Handelns noch einmal in vollem Umfange erkannt. Der Widerstand der Seeleute hat aller Wahrscheinlichkeit nach das deutsche Rheinland und vielleicht noch viel weitere deutsche Gebiete vor dem Schicksal der zerstörten Gebiete Frankreichs behütet. Früher konnte man sehr wohl zweifeln, ob nicht eine organische Ueberleitung in einen demokratischen Verfassungszustand, wie sie mit der Berufung des Kabinetts Prinz Max von Baden angebahnt war, die neue Ordnung auf eine sichere Grundlage gestellt hätte. Seitdem der Plan des Flottenvorstoßes nachgewiesen ist, steht fest, daß die Novemberrevolution von 1918 die Lebensgrundlagen des deutschen Volkes gerettet hat. Freilich, in den „nationalen“ Kreisen verläßt man die Matrosen, die den Sturz in den Abgrund verhindert haben und zieht die Admirale, die durch ihren Wahnsinn das deutsche Volk beinahe der Vernichtung ausgeliefert hätten. Aber vielleicht darf man hoffen, daß vor dem Richterstuhl der Geschichte besseres Recht gesprochen wird, als vor den meisten deutsch-republikanischen Gerichtshöfen, und daß deshalb künftige Jahrhunderte Licht und Schatten gerechter verteilen.

Gegen den Fürtentraubung. Am Sonntag fand in Königsberg eine Kundgebung des Reichsbanners gegen die Fürtentraubung statt. Lange vor Beginn der Versammlung war der Atrienraum des Stadthallenbaues überfüllt, so daß er politisch geschlossen werden mußte. Ein weiterer großer Saal der Stadthalle und der große Saal des Gemeinschaftshauses konnten die vielen Tausende, die Einlaß begehrten, nicht mehr aufnehmen. Hunderte mußten umkehren. Als Redner waren die Genossen Scheidemann und Stiering gewonnen worden. Außerdem sprach noch ein Demokrat. In allen Kundgebungen wurde folgende Entschließung angenommen: „Die heute in drei überfüllten Sälen aus allen Kreisen der Bevölkerung besuchte, vom Reichsbanner veranstaltete Versammlung nimmt mit Empörung Kenntnis von den Entschuldigungsansprüchen, die die früher regierenden Fürsten an das sehr notleidende, in seiner Rehrtheit hungernde und frierende deutsche Volk stellen. Die Bewilligung dieser Forderung hieße, daß die Republik den Monarchisten das Betriebskapital liefert zu ihrem Kampf für die Wiedereinführung der Monarchie und die Vorräte für die Großen und Reichen in Dorf und Stadt. Die Versammlung fordert den Reichstag auf, die dringenden Forderungen der Fürsten mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen. An die deutsche Wählererschaft richtet die Versammlung die dringende Mahnung, alle Vorbereitungen für die Entscheidung des Volkes zu treffen, damit in der Abstimmung aller Welt deutlich bekundet werden kann, daß Deutschland republikanisch ist und republikanisch bleiben will.“

In Kiel fand gleichzeitig eine Versammlung von etwa 10 000 Menschen statt, in der unter anderem Genosse Löbe gegen den Fürtentraubung sprach und eine ähnliche Entschließung angenommen wurde.

Die Berliner Gememordprozesse

Wer wünscht die Prozeßergebnisse zu verheimlichen?

Am Montag beginnt vor dem Schwurgericht des Landgerichts III in Berlin der Gememordprozess gegen die Mörder des Schützen Pannier. Der Prozess wird den ersten der acht vom Berliner Polizeipräsidenten ausgedienten Gememorde zur Verhandlung bringen. Zwei von den Gememorden, die Fälle Holz und Bayer, sind vor wenigen Wochen vor mecklenburgischen Gerichten bereits zur Aburteilung gelangt.

Der Schütze Pannier war im Frühjahr 1923 in eine Truppe der „Schwarzen Reichswehr“ im Lager Döberitz eingetreten. Dieses „Arbeitskommando“ unterstand zunächst dem Leutnant Benn, später dem Hauptmann Gultnecht und dem Oberleutnant von Senden. Benn, Gultnecht und von Senden, die ehemaligen Vorgesetzten des „Arbeitskommandos Döberitz“, stehen als Ankläger des Mordes vor Gericht, die ehemaligen Unteroffiziere Hagenkamp, Stein und Schirrmann als Täter.

Pannier hatte sich innerhalb des Arbeitskommandos durch verschiedene Beschwerden unbeliebt gemacht und geriet in den Verdacht, das Arbeitskommando „an die kommunistische Partei und die Entente“, d. h. an die preussische Polizei, verraten zu haben. Pannier begab sich wegen der Mißbilligung im Lager nach Berlin, wurde jedoch durch einen Trick des Feldwebels Schirrmann wieder zurückgeholt. Bei einem Umzug der Kompanie in ein anderes Barackenlager entwich Pannier zum zwanzigsten Male. Von einer Patrouille seines Regiments wurde er daraufhin in Berlin wieder verhaftet. Sein Appell an die Polizei blieb ergebnislos, da die Patrouille mit gültigen militärischen Ausweisen versehen war. So wurde Pannier dem Wehrkreis-Kommando und dessen „Referenten für das Arbeitskommando“, Oberleutnant Schulz, als „Deserteur“ zurückgeliefert.

Als er im Lager Döberitz eingeliefert war, wurde von den Offizieren des Arbeitskommandos seine Vorentscheidung sofort geschlossen. Leutnant Benn hat zunächst dem Feldwebel Hagenkamp die Anweisung gegeben: „Pannier muß erledigt werden! Wenden Sie sich an Oberfeldwebel Stein!“ Die drei Unteroffiziere Hagenkamp, Stein und Schirrmann führten dann Pannier am Morgen des 4. Juni 1923 vom Lager Elsenbruch nach dem Versteckbahnhof Wilmersdorf und erschlugen ihn in einem Waldhain leitwärts vom Wege mit einem Beil. Darauf gingen sie nach Döberitz zurück und meldeten befehlsgemäß die Ausführung der Tat.

Weiter wird der Fall des Oberfeldwebels Wilmers, dessen Leiche mit Eisenklüden beschwert, aus der Havel gefischt ist, demnächst zur Verhandlung kommen. Auch der Prozess gegen die Mörder des Unteroffiziers Grefschke, der am 23. Juni 1923 in einem Wald bei Bärwalde ermordet wurde, wird im Laufe des Februar verhandlungsreif werden. Als Ankläger sind angeschuldigt die Leutnants Schulz und Raphael, als Täter Klapproth, Glaser und Schikus. Die Ermittlungen im Fall der Ermordung des Feldwebels Brauer, in dem die gleichen Offiziere und Unteroffiziere als Ankläger bzw. als Täter in Frage kommen, schreiten inzwischen weiter fort.

Gewisse Schwierigkeiten macht noch die Untersuchung der Ermordung des Leutnants Sand. Auch hier werden Schulz und Klapproth der Anklage beschuldigt. Weiter wird der Mord an dem Feldwebel Willy Legner von der Berliner Politischen Polizei bearbeitet. Legner ist ebenfalls in Döberitz ermordet worden. Seine Leiche konnte bis jetzt allerdings noch nicht gefunden werden, obwohl die Stelle, an der Legner verscharrt wurde, ungefähr bekannt ist.

Insgesamt sind etwa 40 Personen in diese acht Gememordfälle als Ankläger und Täter sowie als Gehilfen verwickelt.

Wie ein Berliner Monatsblatt zu berichten weiß, sind den beteiligten Reichs- und Staatsrätern die Befürchtungen über eine öffentliche Verhandlung der Gememordprozesse vom Staatssekretär in der Reichskanzlei Kempner beigebracht worden. Das Interessanteste dabei sei, daß Kempner selbst kurz vorher den Besuch des deutschnationalen Führers Graf Helldorf empfangen hatte, der ihn von der Befürchtung des Staatsinteresses durch die öffentliche Verhandlung überzeugte.

Daß die Deutschnationalen und noch mehr die Bäckischen das allergrößte Interesse an einer Verhandlung hinter verschlossener Türen haben, ist verständlich. Es wäre aber ein Skandal, wenn diese deutschnationalen Interessen mit den Staatsinteressen gleichgesetzt würden, die die Aufhebung und Brandmarkung dieses politischen Uebels fordern!

Wahlüberlage der Opposition in Leningrad. Das Plenum des Leningrader Gouvernements-Gewerkschaftsrates hat zum Vorsitzenden Ugarrow gewählt, anstelle von Glibow-Wilom, der einer der meistgenannten Führer der Opposition ist. Ugarrow, der bis vor kurzem Vorsitzender des ukrainischen Rates der Gewerkschaften war, steht auf dem Boden der Parteimehrheit. In den ersten Februartagen werden in Leningrad in einer ganzen Reihe von Komitees der R. P. Neuwahlen stattfinden, bei denen eine Ausschaltung der Oppositionellen als sicher angenommen wird.

Wer kommt zur Abrüstungskonferenz?

Genf, 30. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Der amerikanische Staatssekretär Kellogg hat durch die amerikanische Botschaft in Berlin dem Völkerbundsekretariat mitteilen lassen, daß die Vereinigten Staaten die Einladung zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz annehmen. Auch von der polnischen Regierung ist eine zusageende Antwort eingegangen. Von den neun Staaten, die nicht im Völkerbundsrat sitzen und Vertreter in die Abrüstungskonferenz entsenden sollen, steht nur noch die Antwort Rußlands und Finnlands aus.

Genf, 30. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem die Regierung der Vereinigten Staaten ihre Teilnahme an der ersten Abrüstungskonferenz unter Betonung des 15. Februar als Zeitpunkt ihres Zusammentritts angemeldet hat, wird die Entscheidung über eine Verschiebung der Konferenz bis Montag zu erwarten sein. Die Absicht einer Verschiebung scheint noch immer bei der französischen Regierung zu bestehen, obgleich sie sich nach der Wöge Chamberlains, das Berichtsgebungsbegehren gemeinsam zu stellen, in großer Verlegenheit befindet. Da Frankreich in dem russisch-schweizerischen Konflikt verwickelt ist, ist es nicht ausgeschlossen, daß die französische Regierung dessen Lösung noch einige Zeit hinausschiebt. Den eigentlichen Grund für die Verschiebung der Konferenz bildet viel weniger der Wunsch der französischen Regierung, Rußland dabei zu haben, als Deutschland als Mitglied des Völkerbundes zu sehen, bevor die Abrüstungsfrage angeknüpft wird.

Weitere deutschfeindliche Kundgebungen in Italien.

Genua, 30. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Studenten der Universität in Genua veranstalteten am Sonntagabend einen Protestzug gegen den deutschen Presseselbstzug. Sie zogen vor das deutsche Konsulat. Als sie versuchen einzudringen, griff das bereitgehaltene Militär mit Erfolg ein.

Zu den deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen.

Warschau, 30. Januar. (Drahtbericht.) Eine amtliche Mitteilung über die interministerielle Beratung, betreffend die von der deutschen Delegation in Berlin überreichte Liste der gewünschten Zollermäßigungen kündigt an, daß die Durchsicht der deutschen Vorschläge bis Mitte Februar dauern werde.

Die Krise der Kommunistischen Partei Frankreichs.

Aus Paris wird uns geschrieben: Man beginnt nun Einzelheiten zu erfahren über die innere Krise der Kommunistischen Partei. Sie ist sehr ernst und übersteigt noch die vorhergehenden. Boris Souvarine, der heute von der Partei ausgeschlossen ist, nachdem er und Trotski die eigentlichen Leiter der Partei gewesen waren, stellt er seinem Bulletin „Communiste“ die Lage folgendermaßen dar: Es ist nicht mehr möglich, die katastrophale Lage der französischen kommunistischen Bewegung zu verschleiern. Sie wurde von einer Clique von übeln Politikern unterhöhlt, welche die Partei nie gewollt hatte und die mechanisch der Parteileitung aufgebrängt wurden.

Die Kapitelüberschriften dieser Zeitschrift sind bezeichnend. Die kommunistische Opposition von Lyon erklärt, als Antwort auf den letzten Streich der Partei, einen Aufruf an alle Kommunisten, und ladet die letzten Revisionäre (!) der Partei ein, ihm zu folgen.

Und eine andere: „280 kommunistische tätige Genossen (darunter 11 Abgeordnete von 26) verkünden die Wahrheit über den Niedergang der Partei und denunzieren die unerbittliche Diktatur einer wahren Clique von Größenwahnsinnigen.“ Die Wortführer der verschiedenen Richtungen der Opposition brüden sich oft in sehr groben Worten aus. Sie finden bei ihren Propagandareisen nur Jellen ohne Leben, Skelett-Sektionen, deren Aktion absolut Einbildung und deren Einfluß gleich Null ist; daß der „Apparat“ der Partei, unmittelbarer Ausdruck eines allmächtigen politischen Büros nicht im Dienste einer Partei, sondern einer Kategorie steht; daß „eine ganz unverständliche Begünstigung Angehöriger seine Bildung geleitet habe mit einer ungeheuren Geldverschwendung.“

Die Opposition verlangt einen Kongreß. Falls sie das durchsetzt, was sehr zweifelhaft scheint, wird er nur hinter verschlossener Türen stattfinden, wo sich die Bataillon einer Armee gegenseitig aufheben, die nach der Spaltung in Tours mehr denn 120 000 und jetzt vielleicht noch 150 000 Mann zählt.

Litauens Verhältnis zu Deutschland. Die offiziöse „Litwa“ schreibt: Der Handelsvertrag mit Deutschland vom Jahre 1923 sei veraltet und die litauische Regierung halte es daher nicht für richtig, ihn zu ratifizieren; doch sei nicht beabsichtigt, ihn einseitig aufzuheben, sondern man wolle in vollem Einverständnis mit Deutschland vorgehen. Die litauische Regierung lege Wert auf gute Beziehungen zum Deutschen Reich. Die Tendenzen der Politik der bei den Staaten stimmten zwar nicht immer überein, doch wo sich Gegensätze ergeben, müsse ein Ausgleich angestrebt werden.

Ein.

Roman von Lawrence H. Desberra.
22] Aus dem amerikanischen Manuskript übertragen von Hermynia Zur Mühlen.

„James, Tommy!“ rief O'Keefe begeistert. „Wie gut ist es doch, derartige Freunde zu haben!“
Harvey mochte ein eignes Gefühl.
„Tommy, du verprügelst mich doch...“
„Ich mache nicht mit, Harvey, wirklich nicht“, versetzte Tommy.
„Gut, sobald wir aber den Brief hergestellt haben, reiß ich ab“, sprach O'Keefe. „Wie kommt man denn eigentlich nach Golden Hill?“

„Neben Tallahatchee“, erklärte Harvey.
„Kann Sie über Tallahatchee setzen, O'Keefe“, war der Psychiker ein, so können Sie einen Bekannten von mir anschauen, dem etwas Seltsames widerfahren ist. Ich erhielt gestern einen Brief von ihm.“ Er erhob sich und trat an seine Schreibtisch.
„Nach etwas Seltsames!“ rief der Reporter. „Wahrscheinlich es lohnt sich, nach Amerika zu kommen! Hier erlöst man im Verlauf von drei Monaten mehr, als bei uns in England in drei Jahren.“

„Es dürfte sich hier um einen ganz gewöhnlichen Schwindel handeln“, meinte O'Keefe. „Ich will auch den Brief verstehen.“

„Es steht sich an den Tisch und liest.“

„Neben O'Keefe.“

Ich würde in einer etwas verdächtige Angelegenheit Deinen Rat einholen. Wie Du weißt, ging es mir in der letzten Zeit ziemlich schlecht. Ich sprach einige Male in praktischen Angelegenheiten und zog mir dabei die Aufmerksamkeit der allmächtigen Handelsminister sowie der Kaufmanns- und Industriellenorganisation zu — währenddessen habe ich nur über die höchsten politischen Zustände in der Offiziere von Tallahatchee. Einmalen wurde eine Art Report über die verhängnisvolle Angelegenheit in Tallahatchee alle rufen Patienten aus, die auf dem Weg sind, die Luft nicht wegen meiner Krankheit, sondern wegen meiner Art. Ich will dir mitteilen, was ich über

Stadt zu überreden, da ja mein Name sicherlich auf der schwarzen Liste steht. Wie immer dem sein mag, ich bin heute von allen Mitteln entblüht, werde am nächsten Ersten nicht einmal meine Kiste zahlen können und weiß mir nicht zu helfen.

„Gestern abend laute es gegen 10 Uhr an meiner Tür. Als ich öffnete, sah ich voller Freude einen gutaussehenden Mann, dem ich insgesam allerlei komplizierte Krankheiten wünschte, da dies für mich die Rettung bedeutete hätte. Aber es erwies sich gar bald, daß der Freund, der sich Harris nannte, zwar kein Patient sei, aber dennoch diese Rettung bedeuten könne. Er sprach einige schwermütliche Worte über meinen guten Ruf als Arzt und jagte mich schließlich, ob ich geneigt wäre, eine Stellung in einer Siedlung anzunehmen. Ich würde ein Figum erhalten und auch nebenbei noch etwas verdienen können. Die Siedlung befände sich auf einer Insel; ich würde in einer Nacht hinüberfahren werden.“

Es fiel mir auf, daß Harris den Namen der Insel sowie deren Lage verheimlicht, noch wichtiger aber wurde ich, als er mir erklärte, ich müsse einen Kontrakt unterschreiben, der auf beidseitigen lautet.

„Ich forcierte vierzehn Tage Bedenkzeit und bitte Dich nun, mir einen Rat zu geben: Soll ich das Angebot annehmen oder nicht? Nehme ich es an, so bin ich aller meiner Sorgen ledig; aber die eine Bedingung stirbt mich.“

„Ich erwarte Deine umgehende Antwort.“

Dein

David Black.

„Ich würde mich jetzt überaus glücklich fühlen, wenn ich die Stelle nicht annehmen könnte. Es wäre mir sehr lieb, O'Keefe, wenn Sie ihn anschauen und der Sache ein wenig auf den Grund gehen würden. Dies ist ein Punkt, ein durch und durch unverständlicher Mensch, der auf jeden Schwindel herausgeht.“

O'Keefe sprach, den Kopf schüttelnd und nickte ihm dann zu.

„Drei Tage später brachte die Zeitung die Nachricht, daß im Falle des Herrn John Bright ein großer Selbstmordanschlag verübt worden war. Dem Entschlossenen war es gelungen, das ganze im Eisenbahnwagen befindliche Silber und Gold zu entweihen.“

„Auch der Schriftlich des Herrn Bright wurde erbrochen“, berichtete die „New York Times“, „doch gelang es in diesem Falle dem Dieb nicht, etwas Wertvolles zu rauben, da Herr Bright dieselben Dinge in seiner feuerfesten Kasse aufbewahren pflegte. Selbstverständlich nahm der Eindringler ein Notizbuch des Herrn Bright mit, das nur völlig belanglose Notizen enthielt sowie ein ganzlich wertloses Werkstück.“

Der Verdacht fällt auf Abraham Dags, den zweiten Diener, der verschwunden ist. Die Polizei glaubt jedoch, bereits eine Spur gefunden zu haben.

Am folgenden Tage nahm O'Keefe von seinen Freunden Abschied und trat die lange Reise nach Florida an.

Eine dunkle Oktobernacht.

Ein wilder Sturm regte durch die kalten Äste, rief die letzten dürren Blätter von den Bäumen peitschte kalten Regen gegen die Fenster des kleinen Farmhauses. Drohende Wolken jagten wie toll über den nachtschwärzen Himmel dahin, glitten in ihrem eiligen Lauf seltsamen Ungeheuern. Schwere Nebel hüllte alles in seine dichten Schleier ein.

Jonathan Smith und Fred Wainwright saßen allein vor dem prasselnden Herdfeuer; die Geschwister hatten bereits am Nachmittag die braune Stube eingepackt und waren fortgegangen.

In der beschagigten, vom milden gelben Licht einer Petroleumlampe erhellen Küche war es warm und heimlich. Der alte Farmer taute auf und sprach schlaflos zu seinem Gask, als dies bisher der Fall gewesen war, während den harten Kampf, den die drei gegen Not und Verarmung bestehen mußten.

„Ich kann nicht begreifen, daß Barry so gar nichts von sich hören läßt“, versetzte Wainwright.

„Weißt wohl, wo es den armen Jungen hingetrieben hat“, jagte Jonathan. „Die letzten drei Jahre wurde er ja verstoßen wie ein toller Hund. Er sollte sich den J. W. B. anschließen, sein Name stand auf der schwarzen Liste, er fand nirgends Arbeit, also den einen Stand in den anderen. Die Herren verstehen es, einen das Leben zur Last zu machen.“

„Dann hörst du das letzte Mal von ihm?“

„Vor zwei oder drei Jahren. Damals wollte er nach Florida fahren, hatte dort Arbeit zu finden.“

„Und jetzt?“

Der Staatshaushalt im Landtag.

In der Sonnabend-Sitzung erledigte der Landtag zuerst kleinere Beratungsgegenstände. Der Antrag Delfe (Dnat.), auf den mit Englisch beginnenden Reform-Gymnasien in der Untertertia den Lateinunterricht einzulegen zu lassen, wurde mit den Stimmen der Rechten und des Zentrums angenommen. Der Antrag verlegt diesen Unterrichtsbeginn übrigens nicht, sondern gestattet ihn nur. Ein ökonomischer Antrag auf Einführung eines Unterrichtsgegenstandes „Deutsche Vorgesichte“ wurde abgelehnt.

Dann kam die Fortsetzung der Haushaltsdebatte. Abg. v. Nohe (Dnat.) sprach gegen das parlamentarische System, argumentierte und erklärte, es sei gut gewesen, daß der preußische König nicht durch ein Parlament gebunden gewesen sei. Finanzminister Höpfer-Alshoff: „Wenn der letzte preußische König durch ein verantwortungsbewusstes Parlament gebunden gewesen wäre, dann wäre dem deutschen Volk unendlich viel Geld erspart geblieben.“

Abg. Schwend (Komm.) berührt die Frage der Justizabfindung und erklärt gegenüber den antiparlamentarischen Reden der Rechten: Auch unter dem parlamentarischen System steigt der Einfluß der Arbeiter. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Niesel (Dem.): Bei einem Vergleich der jetzigen Staatsausgaben mit denen der Vorkriegszeit dürfte man nicht übersehen, daß der Staat jetzt ganz andere Aufgaben bewältigen müsse. Wer alles Unheil auf die Dawes-Lösung zurückführe, der verzeihe den verlorenen Ruhrkampf und andere Ursachen des deutschen Unglücks.

Abg. Heilmann (Soz.) wendet sich gegen die von den deutschen Nationalen Rednern gewünschte Orientierung nach dem Osten. Die Richtlinien der Außenpolitik seien Deutschland durch die Wirtschaftsnöte vorgeschrieben. Zum Etat meinte Heilmann unter anderem, daß Ersparnisse an sozialen Ausgaben doppelt und dreifach durch erhöhte Verbrechen- und Kampfsamkeit wieder ausgegeben werden müßten.

Das Staatsgesetz wurde dem Hauptauschuß überwiesen. Dann verläßt sich das Haus auf Montag.

Einheitliche Taktik der sächsischen Genossen.

Der „Soz. Pressedienst“ funkt uns: Am Sonnabend und Sonntag tagte in Dresden der Landespartitag der sächsischen Sozialdemokratie. Es wurden Beschlüsse gefaßt, die eine Klärung im Sachsen-Konflikt bringen. Dem Parteitag gingen Verhandlungen der Landtagsfraktion und der Bezirksvorstände voraus, die in Anwesenheit der Genossen Stellung und Stahl vom Parteivorstand stifteten. Ueber das taktische Vorgehen wurden in beiden Körperschaften übereinstimmende Beschlüsse herbeigeführt. (Der Inhalt der Beschlüsse ist uns bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt. Es dürfte vor allem Einigung über den Zeitpunkt der Neuwahl dazu gehören. Red.)

Der Reichsrat fängt den Etat.

Nach der Einführung des neuen Finanzministers Dr. Reinhold nahm der Reichsrat den Etat von 1925 vor, der durch Reichstagsbeschlüsse in vielen Punkten geändert wurde. Eine Anzahl der vom Reichstag beschlossenen Erhöhungen der Ausgaben haben die Ausschüsse des Reichsrats gestrichelt. Der Etat für 1925 hätte nach den Reichstagsbeschlüssen mit einem Anleihebetrag von 62,5 Millionen abgeschlossen, und diesen Anleihebetrag bezogener der Reichsrat als Festbetrag, da eine innere Anleihe zurzeit nicht unterzubringen ist. Es sei aber nicht angängig, den Haushaltsbeitrag in den den Londoner Abmachungen gemäß vorgesehenen beiden Schonjahren mit einem Festbetrag abzuschießen.

Die Gewerkschaften fordern Professuren für Arbeitsrecht.

Nach für Breslau. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Deutsche Gewerkschaftsring haben folgende Eingabe an die zuständigen Ministerien des Reiches und der Länder gerichtet: Der gegenwärtig bestehende Zustand der arbeitsrechtlichen Ausbildung auf den deutschen Universitäten ist unzureichend geworden. Durch die umfangreiche gesetzgeberische Tätigkeit auf dem Gebiete der Regelung der Arbeitsbedingungen, des Arbeitsschutzes, der Arbeitsverwaltung, der Arbeitsgerichtsbarkeit, der Sozialversicherung und der sozialen Fürsorge ist das Arbeitsrecht zu einem eigenen sehr erheblichen selbständigen Rechtsgebiet erwachsen. Die Vertiefung der arbeitsrechtlichen Forschung und die völlig veränderte Stellung der Arbeitskraft im Rahmen des sozialen Ganzen haben ferner das Arbeitsrecht zu einer selbständigen Disziplin gemacht, die entsprechend dem Wandel der sozialen Struktur in ständigiger Entwicklung begriffen ist. Demgegenüber fehlt die Tatsache, daß mit verschiedenen Ausnahmen in den deutschen Universitäten keine Einrichtungen vorhanden sind, die den zukünftigen Praktikern des Arbeitsrechtes eine wissenschaftliche Vorbereitung für ihren Beruf ermöglichen. Weder der künftige Richter, noch der in der Arbeits-



Dr. Curtius
Der neue Reichswirtschaftsminister.

verwaltung oder in der Sozialversicherung tätige Beamte, noch die aus den Kreisen der Wirtschaft zukünftig mit diesen Gebieten zu befaßenden Personen können gegenwärtig an den deutschen Universitäten die Ausbildung finden, die der Bedeutung und Eigenart des Arbeitsrechtes entspricht. Erforderlich ist, daß an den hierfür geeigneten größeren Universitäten sowohl eigene Lehrstühle für das Arbeitsrecht und seine Nebendisziplinen errichtet werden, die mit ordentlichen Professuren zu besetzen sind, wie auch, daß überall arbeitsrechtliche Seminare der Art in dem entsprechenden Maße einrichten. Die unterzeichneten Spitzenorganisationen stellen hiermit das dringende Ersuchen, zum mindesten an folgenden Universitäten etatsmäßige Professuren, an den übrigen außerordentliche Professuren für das Arbeitsrecht und seine Nebendisziplinen zu errichten. Für die ordentlichen Professuren schlagen wir die Universitäten Breslau, Halle, Königsberg, Köln, Münster, Frankfurt a. M., München, Leipzig, Tübingen, Heidelberg und Göttingen vor. Wir ersuchen, dieser Anregung erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken und uns mitzuteilen, welche Stellung zu unseren Vorschlägen eingenommen wird und wann auf die Verwirklichung dieser dringlichen Vorschläge zu rechnen ist. Eines der wichtigsten Gebiete des praktischen Lebens kann auf die Dauer von den Universitäten nicht wie bisher fast vollkommen ausgeschaltet werden.

Aus Schlessen.

Konferenz über die Wirtschaftslage in Oberschlesien. Oberpräsident Dr. Proste hielt unter Beteiligung der Wirtschaftsvertreter aus Oberschlesien eine Besprechung der Wirtschaftslage in Oberschlesien ab. Die Gewerkschaftsvertreter wiesen hierbei auf die überaus ernste, schwere Notlage der Arbeiterklasse, insbesondere auf die geradezu eine Ausnahme bildenden niedrigen Löhne an verschiedenen Industriezweigen Oberschlesiens sowie auf die Arbeitszeitverhältnisse und die Lage der überaus zahlreichen Arbeitslosen hin. Der Oberpräsident wies darauf hin, daß er als preußischer Beamter keine unmittelbare Zuständigkeit in Lohn- und Arbeitszeitfragen habe, da diese Dinge reichsrechtlich geregelt seien, also zur Zuständigkeit des Reiches, insbesondere des Reichsarbeitsministers gehörten. Er wende aber diesen Fragen seine

besondere Aufmerksamkeit zu und sei von jeder Seite bereit, die berechtigten Ansprüche der Arbeitnehmer an den in Betracht kommenden Stellen entscheiden zu vertreten, was er auch beabsichtigt habe und gerade auch in der gegenwärtigen Wirtschaftslage mit ihren Gefahren für Ruhe und Ordnung im Lande für notwendig halte.

Zur Frage der Krisis in der ober-schlesischen Eisenindustrie bemerkte der Oberpräsident, daß alle in Betracht kommenden Faktoren, die zentrale Reichs- und Staatsregulierung, sowie auch die Inhaber der Werke ernstlich bemüht seien, die ober-schlesische Eisenindustrie lebensfähig zu erhalten. Es schwebten zurzeit hierüber entscheidende Verhandlungen an den Zentralstellen. Der Oberpräsident gab die Versicherung ab, daß er und seine in Betracht kommenden Beamten ausgesprochen bemüht seien, jede nur zu erreichende Hilfe zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu bekommen. So haben vor wenigen Tagen in Berlin im hierfür zuständigen preußischen Wirtschaftsministerium unter Beteiligung von Vertretern des preußischen Finanzministeriums, der Reichsarbeitsverwaltung, des Regierungspräsidenten in Oppeln und mehrerer ober-schlesischer Kommunalverbände Verhandlungen stattgefunden, die die Förderung von Hilfsarbeiten in Oberschlesien zum Gegenstand hatten. Zur Überwindung der augenblicklichen Not sind erhebliche Beiträge bereitgestellt worden. Eine Anzahl größerer Hilfsarbeiten wurde bereits genehmigt, bei Einleiten freigelegter Stellen kann sofort in großem Umfang mit den Arbeiten begonnen werden.

Im Anschluß an diese Sitzung fand am Nachmittag unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten des Oberpräsidenten eine Besprechung über die gegenwärtige Marktlage und die Preisverhältnisse in Oberschlesien statt.

In der anschließenden Aussprache, in der die erfolgreiche Tätigkeit der mittleren Preisprüfungsstelle am Oberpräsidentat anerkannt wurde, wurden Anregungen über die Maßnahmen zur Förderung des weiteren Preisabbaues gegeben. Hierbei wurde namentlich die Notwendigkeit der Mitarbeit und Unterstützung seitens der Verbraucher und ihrer Organisationen in den Vordergrund gestellt. Es ist zu hoffen, daß durch die planmäßige Zusammenarbeit von Behörden und Verbraucherorganisationen die Fortschritte der Zentralstellen zur Herbeiführung gesunder Preisverhältnisse eine weitere Förderung erfahren.

Schweidnitz. Juviel genossener Alkohol wurde dem Arbeiter B. zum Verhängnis. In einem Tanzlokal war es zu einer Schlägerei gekommen. Als der betrunkene B. von zwei Polizeibeamten aus dem Lokal entfernt werden sollte, leistete er Widerstand und biß einen Beamten. Die Folge: 14 Tage Gefängnis.

Schweidnitz. Unglücksfall. In den Nachmittagsstunden des Donnerstag wurde in der Marktstraße der Rentier Deußner von einem Automobil so unglücklich getroffen, daß er erheblich am Kopf verletzt wurde.

Wuhrau. Vorgehichtlicher Fund. In der Nähe von Kalteborken, wo unter Aufsicht des Leibes Erande schon des öfteren einwandfreie Erzeugnisse vorgehichtlicher Zeiten entdeckt worden sind, ist vorige Woche der untere in der Erde stehende und darum erhalten gebliebene Teil eines Schmiedehammers freigelegt worden, dessen Gestalt aus vorgehichtlicher Zeit von einem Vertreter des Schweißers Museums für Altmetalle festgestellt worden ist. Eine genaue Zeitbestimmung war bisher noch nicht möglich, doch hofft man, mit Hilfe weiterer Funde, deren Zahl bei den weiteren Aufgrabungen täglich wächst, die Zeit, aus der dieses vorgehichtliche Produktionsmittel stammt, festlegen zu können.

Diegnitz. Das erweiterte Schöffengericht wird urteilt heute wegen drei schwerer Einbrüche und wegen des Straßenraubes in Schlaup 1926 den Verurteilten Magarna als Anführer, den Schmied Arthur Schmidt, den Maschinisten Kurt Jovel und den Arbeiter Heinrich Kahlkopf, sowie den Arbeiter Karl Guler zu einer Gesamtsstrafe von je 7 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Der weitere Angeklagte Marthilke erhielt 2 Jahre Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust.

Polanitz. Unfall. Am Donnerstag, gegen Mittag, ereignete sich in dem Betriebe der Regulatorgehäusefabrik von Bednara in Polanitz ein schwerer Betriebsunfall. Der Stiefbruder des Besitzers, welcher dort beschäftigt war, kam einer im Gang befindlichen Transmissionswelle zu nahe und wurde von derselben erfaßt. Da es nicht sofort möglich war, den Betrieb auszuhalten (Wassenantrieb), wurde der Unglückliche viele Male so heftig angefahren, daß er schwere innere und äußere Verletzungen erlitt, an deren Folgen er dann nachmittags verstarb.

Wittlich. Ein schwerer Autounfall ereignete sich gestern abend gegen 5 Uhr auf der Bismarckstraße. Ein Personenauto fuhr in mäßigem Tempo in der Richtung nach Wittlich. Auf der Straße spielten Kinder, denen der Chauffeur ausweichen wollte. Diese stießen aber in den Wagen hinein und das etwa achtjährige Schindens des Drogisten Ritter geriet unter die Räder. Dem Kinde wurden beide Beine überfahren. Das Auto brachte das schwerverletzte Kind zum nächsten Arzt. Ein Baden ausgerückt. Mittels Einbruchs wurde die Villa der Wegnerischen Jägerei, Jafobstraße 3, auf das schwerste heimgegriffen. Es wurden gestohlen: Hosen, Kleider, Mantel, Anzüge, Hüten, seidene Kleider, ein Vulkanfiststoff, Röcke und viele andere Sachen. Der Schaden ist ein ganz enormer, da fast alle im Laden befindliche Garderobe gestohlen worden ist. Man muß sich nur vorstellen, daß bei diesem vielen gestohlenen Zeug kein Werdend den Diebstahl bemerkt hat.

Aus aller Welt.

Militär und Steuern. Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit verbreitet in verschiedenen Ländern zur Zeit eine Karte, die auf Steuererleichterungen usw. gefaßt wird und deren Text heißt: „Der Teil meiner Steuern, der für Militärzwecke verwendet wird, ist nur unter Zwang und Protest bezahlt.“ Diese Karte ist durch das Zentralbüro der Internationalen Frauenliga, Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm 201, zu beziehen.

Munitionsdiebstahl. Aus Magdeburg wird ein Anschlag auf ein Munitionslager der Reichswehr gemeldet. Ingesamt fünfzig Männer sollen versucht haben, Munition zu stehlen. Als einer versucht, den Wächtern zu entweichen, ihn aber nur am Arm verletzete, wurde die Wache aufmerksam. Alle 15 Männer ergriffen die Flucht. Die sofort angestellte Untersuchung verlief bisher ergebnislos.

Unterdrückungen eines höheren Reichsbeamten. Das Mitglied des Vorstandes der Interessengemeinschaft der Reichsbeamten, Reichsbankoberinspektor Herzog, der seit einiger Zeit zur Wahrnehmung dieser Tätigkeit von der Reichsbank beurlaubt war, hat in seiner Eigenschaft als Kassensührer den Betrag von ungefähr 36000 Mark aus dem Vermögen der Interessengemeinschaft der Reichsbeamten unterschlagen. Er will das Geld zur Deckung von Verlusten aus Kennwerten verwendet haben.

Der Prozeß gegen den Freiherren von Eßon. Der Leiter der Erziehungsanstalt Berlin-Dahlemersee, der beschuldigt wird, in 60 Fällen an seinen Schülern unzüchtige Handlungen vorgenommen zu haben, wird am 22. Februar vor dem erweiterten Schöffengericht zur Verhandlung kommen. Der Prozeß wird voraussichtlich ein Kleinausmaß annehmen. Von den über 600 bestrittenen Jungen hat der Verhandlungsleiter eine immer noch sehr große Anzahl ausgespart. Außerdem wird nach einer Anzahl von Sachverständigen, die sich über die Glaubwürdigkeit von Schülerausagen im Nebenursache zu äußern haben, vernommen werden.

Die Alkoholverwirter werden wild. Von den Mannheimer Gastwirten wurde eine von einer Reihe alkoholgegnerschaftlicher Verbände einberufene Versammlung gesprengt. Als die Polizei erschien, räumten die Aufseher den Saal.

In der Wiener Universität brach ein Brand aus, der das Theologische Institut und sehr wertvolle Sammlungen zerstörte.

Lausprophet als Verkehrsregler. Lausprophet werden jetzt in London als Verkehrsregler benötigt. Seit einigen Tagen geht man dazu über, in den unterirdischen Straßen wie in den unterirdischen Bahnen der Weltstadt Lausprophet aufzustellen, um das Publikum zu orientieren und den Verkehr besser zu regeln. Vor allem will man dadurch die störenden Ansammlungen bei den unterirdischen Wegweisern verhindern.

Eine seltsame Wanderung von Ratten. Am Ufer des großen Sees Peipus, der Etland von Rußland trennt, ist eine sehr merkwürdige Erscheinung beobachtet worden. Es tauchten dort nämlich ungeheure Massen von Ratten auf, die sich offenbar auf der Wanderung befinden. Diese Ratten führten sich in den See, den sie zu durchschwimmen versuchten. Es ist dabei wiederholt vorgekommen, daß die Ratten die Boote und Barken der Fischer erkletterten, da die starke Ausdehnung des Sees ihnen das Durchschwimmen unmöglich machte. Ein Teil ist vermutlich ertrunken. Unter den Booten und Fischer des Ufergebiets tief diese Rattenwanderung allerlei abergläubische Gerüchte hervor.

Auffindung alter Sagenbilder in Nordbayern. Im Ufer des Pfaffen Sees im Oberbayrischen Alpengebiet im nordöstlichen Richtung haben Jäger eine Höhle entdeckt, in welcher Gegenstände vorgefunden waren, die nach der Meinung von Sachverständigen aus sehr alter Zeit stammen. Unter anderem befinden sich dort 2 aus Holz geschnittenen Götterbilder. Eine Kammer von Gegenständen der Bronzezeit Nordbayerns soll mit den anderen Fundstücken freigelegt werden.

Der verlassene Bräutigam klagt...

In Barcelona ist ein Prozeß Tagesgespräch, bei dem Rechtsanwalt, namens Don Juan Joffe, gegen eine junge Dame, seine Braut, während eines halben Jahres, angestrengt hat. Weil diese die Verlobung gelöst hat, fordert der moderne Don Juan von ihr als Schadenersatz und Pflichter auf seine kühnere Braut neunjigtausend Pesetas, die er gewissenhaft des einzelnen verrechnet. Den Betrag von einundzwanzig Pesetas verlangt er für ein halbes Dutzend Tischstühle, die er von seiner Braut hat anfertigen lassen, dreihundert Pesetas für Automobilreifen, um sie während des Sommers in Tarragona zu besuchen. Unter der Begründung, daß er während der Brautzeit keinen beruflichen Beschäftigungen nicht ausgiebig nachgehen konnte, fehlt der neuzeitliche Don Juan das runde Summen von fünfundsiebzigtausend Pesetas in Rechnung und auf das noch runderen von fünfzigtausend besitzt er die Wertebüchse seiner edlen Persönlichkeit, weil er mit dem Odium eines verlassenen Bräutigams nur schwer eine neue Braut finden könne, wenn er doch, so werde sie sicher an Schönheit, Grazie und Intelligenz, seine erste Braut nicht erreichen. Die Intelligenz hat diese jedenfalls bewiesen, indem sie diesem ritterlichen Bräutigam und noch tüchtigeren Rechtsanwalt den Rat gab.

Die spanischen Flieger. Die Anfang der vorigen Woche in Santos zur Überfliegung des Ozeans nach Südamerika aufgestiegen waren, sind am Sonntag Abend, nachdem sie einen außerordentlich fürnischen Tag über dem Meere zugebracht haben, in Pernambuco an der Ostküste Brasiliens, gelandet. Sie haben den Weg von Spanien nach Südamerika in 4 Etappen zurückgelegt.

Ein Weltvergnügen des wissenschaftlichen Zeitalters. Ein Komitee, das aus verschiedenen wissenschaftlichen Gesellschaften besteht und die Aktivitäten des Britischen Museums befaßt, hat mit Hilfe der Carnegie-Stiftung ein Weltvergnügen des wissenschaftlichen Zeitalters ins Leben gerufen. Der erste Band, der zur ersten Erscheinung im Herbst in elfjähriger Ordnung die Namen von 1000 Wissenschaftlern, die von 1600-1901 erschienen sind. Der zweite Band, der sich mit dem Leben der Wissenschaftler befaßt, wird im Herbst erscheinen. Die dritte Band, der die Leistungen der Wissenschaftler befaßt, wird im Herbst erscheinen. Die vierte Band, der die Leistungen der Wissenschaftler befaßt, wird im Herbst erscheinen.

Stadt-Theater
 Montag 7 Uhr:
Uda. 10418
 Dienstag 7 Uhr:
Der Rosenkavalier.
 Mittwoch 7 Uhr:
Die Zauberflöte

Lobeltheater
 Döppersgr. 8, Tel. 56. 6774
 Montag, Dienstag
 abend 8 Uhr:
Das große Welttheater.
Thalia-Theater
 Schwetstr. 3, Tel. 56. 6700
 Montag, Dienstag
 abend 8 Uhr:
Bergarten der Steie.

Schauspielhaus
Operettenbühne.
 Tel. Stephan 37460.

Täglich 8 Uhr:
Gaßspiel Eini Leux
 Auftreten Walter Jankuhn
 In neuer Ausstattung:
Die Zerolinn

Dienstag 8 Uhr:
Gaßspiel Eini Leux
 Auftreten Walter Jankuhn
 In neuer Ausstattung!
 Zum 25. Male!
Die Zerolinn.

Samstag nachmittag 3 1/2 Uhr:
 Auftreten Walter Jankuhn
Der Orlon.

Victoria-Theater - Tel. R. 1257.
 Täglich 8 1/2 Uhr:
Robert Steidl!
Eise Böttcher
 in der lustigen
 Ausstattungs-Revue
**„Mal was
 anderes“**
 50 Pl., 1.00, 1.50 und höher

Liebig-Theater
Internationales Variete
 1.-28. Februar 1926
**2 Sensations-
 Gaßspiele**
 Original- und
 Original-Programme
To Phaua
 das größte Rätsel
Sandrina
 genannt:
**DER WEIBLICHE
 BREVETIERTE**

**ZIRKUS
 STRASSBURGER**
 Täglich 7 1/2 Uhr
 Die gewaltigste Sensation des Tages!
**Die Dämonen-
 Diavolo**
 8 Meter ohne Seile und die abge-
 oriene Zirkus-Programme!
 Die Jesur-Gesellschaft bezieht weiter Günstiger!
 Durchsch. bis 6 Uhr abends Zirkuskassen
 in: Bielefeld, Bremen und Zwickau.

K
 Unser angekündigter
RÄUMUNG-VERKAUF
 beginnt Montag, den 1. Febr.
 Wegen Erweiterung der Geschäftsräume müssen wir unsere Läger räumen
 daher diese billigen Preise!

- | | | |
|--|--|--|
| Herren-Anzüge
verschied. Farben u. Formen
46.00, 39.00, 33.00, 28.00, 24.00 21 00 | Herren-Gummi-Mäntel
erprobte Qualitäten, 59.00, 50.00, 22.00, 18.00 12 50 | Herren-Breeches-Hosen
aus nur haltbaren Stoffen
16.50, 13.00, 9.50, 7.00 5 50 |
| Herren-Anzüge
blau Kammgarn u. Cheviot
85.00, 72.00, 65.00, 54.00, 48.00 38 00 | Herren-Windjacken
imprägniert, 22.50, 19.00, 15.50, 12.00 9 75 | Chauffeur-Anzüge
aus prima Kordstoffen
105.00, 90.00, 75.00, 68.00 55 00 |
| Herren-Sport-Anzüge
4teilig mit Breeches und
langer Hose 74.00, 62.00, 53.00, 45.00, 38.00 33 00 | Herren-Winterjoppen
a. gut. Lodenst., warm gefüllt,
30.00, 26.00, 22.00, 18.00 14 00 | Cutaways und Westen
merengo u. schwarz Melion
78.00, 68.00, 55.00, 48.00 38 00 |
| Herren-Wintermäntel
moderne Farben u. Formen
80.00, 48.00, 39.00, 32.00, 25.00 20 00 | Herren-Ski-Anzüge
aus guten Trikot-Stoffen,
85.00 57 00 | Jungherren-Anzüge,
mod. Sakko u. Sportformen
45.00, 36.00, 29.00, 24.00 18 50 |
| Herren-Winter-Paletots
schwarz und merengo
72.00, 60.00, 52.00, 45.00 38 00 | Herren-Sportpelze
mod. Ausführung, 180.00, 155.00, 125.00, 95.00 75 00 | Jungherren-Mäntel,
mod. Stoffe u. Verarbeitung
42.00, 36.50, 29.00, 23.50 19 50 |
| Herren-Rock-Paletots
elegante Ausstattung,
95.00, 82.00, 70.00, 58.00 45 00 | Herren-Smoking-Anzüge
eleg. Verarbeitung, 115.00, 95.00, 82.00, 70.00 58 00 | Knaben-Stoff-Anzüge,
nur Neuheiten, blau u. farbig
21.75, 18.75, 12.75, 9.75 7 75 |
| Herren-Sommer-Mäntel
farbig, merengo u. Cover-
cost, 63.00, 57.00, 48.00, 39.00, 32.00 25 00 | Herren-Gebpelze
erschl. Futt. u. Krag., 280.00, 255.00, 230.00, 205.00 185 00 | Knaben-Mäntel und blaue
Pijacks,
sehr kleidsame Fassons
28.50, 23.00, 18.50, 14.00 11 50 |
| Herren-Loden-Mäntel
imprägniert, oliv u. merengo
48.00, 39.00, 32.00, 25.00 21 00 | Herren-Hosen
besonders strapazierbar,
16.00, 12.50, 9.00, 6.50 5 00 | Knaben-Wasch-Anzüge
aus waschbaren Stoffen
6.75, 5.50, 4.25, 3.00 2 25 |

Auf alle übrigen hier nicht aufgeführten Waren geben wir auf unsere billigen Preise **20% Rabatt!**

Gebr. Kreuzberger
 Breslau, Reuschestr. 16/17 Ecke Neuweltgasse



Kontirmanden-Anzüge
 Eig. Anfertigung
 sehr preiswert
Oskar Dehmel
 Neumarkt 45.

Möbelkäufer!
 Beim Einkauf von Möbeln jeder Art: Sofa, Chaiselongue, Schreibtischen usw. wende man sich an den Lagerhalter des **Ersten Breslauer Möbel-Volksspeichers R. W. Stabe** Berliner Straße 9.

Nähmaschine
 auch defekte
 kauft winzlers,
 Gräbnerstr. 45, part. r.

Lachen links!
 Das Witzblatt
 der Republik
 Heft 20 Pfennige.

Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkswacht“ und die Zeitungsträgerinnen. Injunctio ergaten in der „Volkswacht“ den größten Erfolg

Beilfedern
 tauchen Beträuungs-...
 Wilhelms-Str. 45 (ein
 neben) Eingangs-...
 gefüllt u. ange...
 bei melche Weg...
 1874

Was muß ein Cigarettenraucher wissen?
 Reunion
 Cigaretten
 Unsere letzten Tabak-zuführen enthalten ganz hervorragende Qualitätsorten.
 Diese werden seit Anfang Januar ds. Js. in unseren Spezialmarken
Compliment 10 Pfg. Exzellenz 8 Pfg.
Edle von Herrnhut 6 Pfg.
Vinea Creme 5 Pfg. und Reunion Einsteim 4 Pfg.
 Alle diese milden und sehr aromatischen Mischungen bereiten dem verwöhnten Qualitätsraucher große Freude.
Nur die Qualität macht's!
 Generalvertreter: **Karl Weckert**, Breslau, Telegraphenstr. 9
 Fernsprecher Ohle 2960

Wer gewinnt?
 den Höchstgewinn von 2 Millionen Mark. Die Haupt- und Schlussklasse der Preuß. Staatslotterie beginnt bereits am 3. Februar und dauert ununterbrochen bis 27. Februar. Es werden 166 000 Gewinne und Prämien im Betrage von fast 28 Millionen Mark ausgelost.
 Lose 1/2 1/4 1/8 1/16
 15 30 60 120 Mark.
 Doppellose à 240 Mark
 Versand auch gegen Nachnahme
Arndt Staatl. Lotterien-Einnahme
 Breslau 5 Eckhaus Tauentzienplatz 1
 Kassekont. 2571
 Tel. 6596

Seidenhüte
Carlsplatz 3
 R. Glücksmann

Es zieht
 einen jeden, der billig Bürsten, Besen, Scheuertücher, Fußmatten, Klopfer, Federwedel, Stahlspäne, Bohnermasse etc. etc. einkauft, will, in unser Geschäftslokal
auf der Oderstraße
 woselbst fehlerhafte oder im Preise zurückgesetzte Artikel in großen Mengen zu haben sind.
LONDON & CO., Oderstraße 5
 G. m. b. H. 2. Viertel vom Ring.
 Berücksichtigt unsere Inserenten.

Weiße Zähne
 erzielen Sie schon durch 1-2maliges Putzen mit der herrlich erfrischend schmeckenden Zahnpaste Chlorodont, sie beseitigt sofort jeden Mundgeruch. Überall zu haben.

Masken
 Theater - Redouten - Kostüme
H. Wiersing
 Neumarkt 10
 Telefon Ohle 996

Benutze die Buchkarte!
 für 50 H. wöchentlich
 kannst Du Dir geistige Schätze von unermesslichem Wert erwerben!
 Wende Dich sofort zu unserer
Buchhandlung
 Neue Gravenstraße 3

Buchhandlung Volkswacht
 Modernes Antiquariat
 Breslau 3 Neue Gravenstraße 5

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 1. Februar.

Spieghermoral.

Ob so mancher von den fatten Spieghern, die sich so oft an ihren Stammtischen über die vielen Erwerbslosen entrichten und diese als „nur faul und arbeitslos“ beschimpfen, wohl schon einmal darüber nachgedacht hat, was es denn eigentlich heißt, arbeitslos zu sein? Ob er es weiß, wie viele schlaflose Nächte so manchem Erwerbslosen sein Schicksal schon bereitet hat? Ob er es weiß, daß es kein größeres Unglück für einen gesunden, tüchtigen Menschen gibt, als mit den Händen in den Taschen zu stehen und sich selbst vor Hunger und Kälte schützen können? Während er der Arbeitslose, lange Wege machen und stundenlang an allen möglichen Stellen bittend herumstehen muß, bis man ihm endlich ein paar Groschen in die Hand drückt, die nicht einmal dazu reichen, auch nur das Allernotwendigste zum Leben zu beschaffen. Und den man es immer wieder fühlen läßt, daß er ein höchst lästiges Wesen im Staate sei und daß er eigentlich auf den Antien des Staates lastet, daß man ihn nicht ganz verhungern läßt. Ob auch nur einer, der so hübsch warm stehenden Stammtischspiegher, die gerade das Beste so gut verstehen, überhaupt auch nur eine Ahnung von all dem Kummer, der Verzweiflung, der von ihm so oft Geschmähten und Verächterten hat? Ob es auch nur einer von ihnen schon einmal versucht hat, sich in die Lage eines der Unglücklichen, die arbeitslos auf der Straße liegen, hineinzuversetzen? Unmöglich erscheint es. Denn sonst könnte man nicht so oft so harte herzlose und ungerechte Worte von ihnen über die Erwerbslosen hören.

Sie machen sich's leicht. Was ihnen ihr Leibblatt, die „Schle“, sagt, so recht geschäftig über die „vielgepöbelte“ Erwerbslosenunterstützung und das „genüßreiche“ Leben der Erwerbslosen vorläßt, das glauben sie unbedingt. Und dann schimpfen sie los. Rauchen ihre Zigarren und trinken ihr Bier dazu. Oft den ganzen lieben Abend lang, bis der Zeiger der Uhr zum Aufbruch mahnt. Dann gehen sie befröhlicht nach Hause und legen sich ins weiche warme Bett und schlafen den Schlaf des Gerechten.

Am anderen Morgen liegen sie mit umdüstertem Haupt in ihrem Kontor und seufzen: „Das Geschäft geht schlecht. Die Spiegher sind groß und die Einnahmen klein.“ Sich denn fahren sie sich mit der Hand über das oft schon so kühle schmerzende Haupt.

Wo soll das noch hin! Immerfort das viele, viele Lohn bezahlen!

Ein kleines Morgenschmätzchen hebt etwas die Stimmung und macht Courage. Man läßt sich ein paar von seinen „Mitarbeitern“ kommen. Und einem nach dem anderen läßt man das Gleiche: „Ja mein Lieber, ich muß Ihnen eine unangenehme Mitteilung machen. Das Geschäft geht nicht. Ich verkaufe für gar nichts mehr und das Lager ist bis oben rauf voll. Das heißt ich nicht aus. Es tut mir ja leid, aber ich muß Sie entlassen. Für Sie ist die Sache ja nicht so schlimm. Ich beschneige es Ihnen, daß Sie nur wegen Arbeitsmangel entlassen werden und da bekommen Sie ja eine ganz schöne Unterstützung. Wenn wieder mehr Arbeit da ist, können Sie ja auch wiederkommen.“

Und so geschäftig! Die Proletarier bekommen die Bapiere und der „Chef“ atmet erleichtert auf. Soviel, wie er zum Leben braucht, kommt ja immer noch ein und die Anderen müssen halt zusehen, wie sie durchkommen. Es ist eben eine schlechte Zeit. Betriedigt geht man dann zu Tisch und nach dem mit besten Appetit verzehrten, guten und reichlichen Mittagessens, legt man sich ein bißchen aufs Ohr. Abends sieht man dann bei einem Glase Bier und einer guten Zigarre mit der „Schle“ in der Hand, am Stammtisch und schimpft wieder auf die fressen Spiegher, die durch ihre Faulheit dem ehrsamem, fleißigen Bürger in Gestalt von Steuern und Abgaben, das Geld aus der Tasche stehlen.

R. Sch.

Die Bäckerei des „Vorwärts“.

Wie bereits kurz gemeldet, steht auf der Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage, dem Konsumverein „Vorwärts“ von dem städtischen Grundstück Tauenzienstr. 125/125 eine Fläche von 287 Quadratmetern zur Errichtung der geplanten Bäckerei zu verkaufen. Der Verkaufspreis soll 12 Mark für den Quadratmeter betragen. Der Betrag soll dem städtischen Grundstücksfiskus zufließen, also wieder zur Erwerbung von anderem Grund und Boden durch die Stadt verwandt werden.

Unvorschriftsmäßiges Baugerüst ohne Genehmigung.

Zur Vornahme von Reparaturarbeiten hatte R. in Breslau vor einem Hause ein Gerüst ohne polizeiliche Genehmigung errichtet, welches nicht mit einem Schuttnetz versehen war. Obgleich R. behauptete, er habe die Reparaturarbeiten allein ohne Geheßen ausgeführt, wurde R. gleichwohl vom Amtsgericht wegen Verletzung der Baupolizeiverordnung vom 19. Mai 1908 zu einer Geldstrafe verurteilt. Diese Entscheidung löst R. durch Revision beim Kammergericht an und betont, da er auf dem betreffenden Gerüst allein gearbeitet habe, so brauchten bei Errichtung des Baugerüsts die Bestimmungen der Baupolizeiverordnung vom 19. Mai 1908 nicht beachtet zu werden. Die baupolizeilichen Vorschriften hätten nur dann beachtet werden müssen, wenn er auf dem Gerüst fremde Arbeiter beschäftigt hätte; zum Schutze des Unternehmers könne die Baupolizeibehörde nicht Schutzvorschriften anordnen. Der I. Straßensatz des Kammergerichts wies aber die Revision des Angeklagten als unbegründet zurück und führte u. a. aus, die Verurteilung des Angeklagten ergebe sich aus § 367 Nr. 14 und 15 des Reichsstrafgesetzbuches in Verbindung mit der Baupolizeiverordnung vom 19. Mai 1908. Nach den Vorschriften des Reichsstrafgesetzbuches habe derjenige, welcher Bauten oder Ausbesserungen von Gebäuden vornehme, die von der Polizei angeordneten Sicherheitsmaßnahmen zu treffen und die polizeiliche Genehmigung einzuholen. Die in Rede stehenden Baupolizeiverordnungen seien zum Schutze der ganzen Bevölkerung erlassen. Es sollen durch solche Baupolizeiverordnungen nicht nur die Bauhandwerker, sondern das Publikum überhaupt vor Gefahren geschützt werden, möge es auf dem Baugrundstück oder auf der Straße verkehren.

Kostbandsarbeiten.

Eine Vorlage des Magistrats über Kostbandsarbeiten, im Umfange von über 90 000 Tagewerken wird der Stadtverordnetenversammlung zur nächsten Sitzung zugehen. Es handelt sich um weitestgehende Arbeiten, die von den Kanalisationswerken, der Grundbesitzverwaltung, der Gartenverwaltung, der Friedhofverwaltung, dem Stadtamt für Leibesübungen und dem Carlomw-Kamjerner Verkehrsverbande ausgeschriebene sind. Die erforderliche Beihilfe der Stadt beläuft sich auf 173 860,60 Mark. Es handelt sich hierbei um eine vorläufige Maßnahme, gewissermaßen um eine erste Rate der Stadt zur Behebung der Arbeitslosigkeit. Weitere Arbeiten befinden sich in Vorbereitung.

Wichtig für Frauen.

Der Geist von 1914.

In Nr. 8 der „Breslauer Hochschul-Rundschau“ 16. Jahrgang vom November 1925 ist im Leitartikel, betitelt: „Sechs Jahre Technische Nothilfe“, folgendes zu lesen: — „Am 5. Februar bis 10. Februar 1924 streiften die Brotkrieger der Breslauer Betriebe Breslauer Konsumverein und ein- und Verkaufsvereins Breslauer Kolonialwarenhandlung, wodurch die Brotverteilung an die einzelnen Brotkaufstellen in Frage gestellt war, und somit eine Brotknappheit

Die Breslauer Sozialdemokratie vor fünfzig Jahren.

Das Ausblühen der Bewegung und die Reichstagswahl.

In dem ersten Emporblühen der sozialdemokratischen Bewegung Breslaus bildete das Jahr 1876 den Höhepunkt. Der Vereinigungskongress in Gotha im Mai 1875 hatte auch in Schlesiens Hauptstädte die beiden streitenden Gruppen der Lassalleaner und Eisenacher zusammengebracht und vereint ging man an das Werk, sich zunächst eine Parteiorganisation zu schaffen. Die erste konstituierende Versammlung am 1. Februar wurde polizeilich aufgelöst, weil sie von dem überwachen den Beamten für eine Fortsetzung des behördlich geschlossenen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins angesehen wurde. Eine zweite Versammlung, die am 17. Februar 1875 im „Mufen-tempel“, Ecke Kleine Großenstraße und Wehnergasse tagte, nahm einen ungehörigen Verlauf. In ihr konnte die Gründung des Wahlvereins vor sich gehen, dem man das sozialdemokratische Programm gab. Auch entwarf der Verein Forderungen, die an die von ihm aufgestellten Kandidaten gelehrt waren. Abschließend wurde die Stellungnahme zum Militarismus nicht in diese Forderungen aufgenommen, da diese nur für die bevorstehende Legislaturperiode des Reichstages gelten sollten und für diese Zeit die Heeresorganisation noch an das Septennat gebunden war.

Es war ein weites und schwieriges Agitationsfeld, das die neue Organisation in der nächsten Zeit zu bestreiten hatte. Wie C. P. Reinders Ende 1875 im „Volkswacht“ schrieb, lagen die Parteiverhältnisse in Schlesiens und Breslau sehr düster. Dazu kam, daß Reinders, der überall gemagretelt, schließlich Photograph geworden war, sich in bedrängtester Lage befand. Sein Gehalt hatten die Beschlüssen konfiszieren und die Arbeiter konnten immer nur wenig für Luxusartikel ausgeben. Er trug sich daher ernstlich mit der Absicht, Breslau zu verlassen, wo über die „Breslauer Morgenzeitung“ häßlich triumphierte. Deshalb tat ihr Reinders den Gefallen nicht, er blieb und unter seiner Führung machte sich die junge Organisation an das schwere Werk. Er wollte von Schlesiens Hauptstädte den ihr seit Laßalles Zeiten schon anhängenden Ruf nehmen, daß sie ein „reaktionäres Nest“ sei. Reinders, unermüdlich tätig, trug auch die Agitation auf die Dörfer hinaus.

Im Januar leiteten die Genossen eine große Protestaktion gegen den Reichstags vorliegenden Entwurf eines Krankenversicherungsgesetzes in die Wege. Eine allgemeine Krankentafelversammlung, die unter sozialdemokratischer Leitung tagte, beauftragte zunächst ein aus Sozialdemokraten, Christen, Dunderschen und Anhangsgesellen bestehendes Komitee von neun Mann mit der Ausarbeitung einer Petition an den Reichstag. Am 18. Januar wurde diese einer bei Reinders auf der Gartenstraße tagenden allgemeinen Volksversammlung vorgelegt. Zunächst übte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Wilhelm Hasselmann scharfe Kritik an dem Entwurf und empfahl den ausgearbeiteten Protest zur Annahme. Ihm trat der Maschinenbauer Andreaf-Berlin, von den Christen Dunderschen, in einigen Punkten entgegen. Die Differenzen zwischen ihm und dem Christen“ beantwortete die Sozialdemokratie noch in einer im „Schlesischer“ abgehaltenen Versammlung Stellung zu nehmen. Dort wurde beschließen, den Reichstag zu ersuchen, daß er über die Einwendungen der Christen-Dunderschen zur Tagesordnung übergehen soll.

Um die Agitation in der ganzen Provinz im Hinblick auf die bevorstehenden Reichstagswahlen kräftig zu beleben, rief Reinders für den 5. März 1876 nach Breslau einen schlesischen Arbeiterkongress ein. Er mußte konstatieren, daß die Lage der Partei in der Provinz eine schlechte sei und daß die Mitgliederzahlen wegen der immer häufiger werdenden Wahrgeregungen und der herrschenden Arbeitslosigkeit sich überall verringern hätten. Der Hauptpunkt der Tagesordnung galt den Reichstagswahlen; es wurde beschließen, bei der Hauptwahl wie bei den engeren Wahlen nur solche Kandidaten zu unterstützen, die das Parteiprogramm voll und ganz anerkennen und von der Partei direkt aufgestellt werden. Darauf wurden die Kandidaten der Partei für die schlesischen Wahlkreise aufgestellt. Der Arbeitstag ermahnte bereits die Notwendigkeit der Anstellung eines Agitators für Schlesiens und beschloß, diesen Antrag an den demnächst stattfindenden Parteikongress zu stellen.

Der sozialdemokratische Wahlverein hatte inzwischen ein außerordentlich reges Leben entfaltet. Regelmäßig, fast alle Wochen, fanden Mitgliederversammlungen statt, in denen man zu den verschiedensten theoretischen Fragen des Sozialismus Stellung nahm. Die Frage, inwieweit die Arbeiterklasse auch über das Reichstagswahlrecht hinaus auf die Gestaltung der Ver-

eintritten konnte. 65 Rothfelder der Technischen Hochschule wurden in den vorgenannten Betrieben eingestellt, deren Tätigkeit auf Weid- und Kohlenzufuhr, Brennerei und Pferdepflege erstreckte. — „Unser Jungarbeiter haben damit bewiesen, daß der Geist von 1914 in ihnen weiterlebt. Sie suchen nicht das eigene Wohl und erwarten nicht blinkenden Lohn im Gedanken des Zusammenschlusses des einen für alle und alle für einen!“

Hoffentlich bringt das alle unser Lesern, so weit sie noch beim alten Breslauer Konsumverein ihre Einkäufe besorgen, zum rechten Nachdenken. Wenn Arbeiter wegen zu niedriger Löhne streiken, können stündliche „Notthelfer“ zur Weid- und Kohlenzufuhr, Brotverteilung und Pferdepflege. Das ist so der rechte „Geist von 1914“, der mit dem Hakenkreuz einherwandelt. Denkende Frauen machen zwar ihre Einkäufe überhaupt nicht im alten Breslauer Konsumverein, da wir im Konsumverein „Vorwärts“ unsere eigene Genossenschaft haben, aber es lohnt sich, von Vorstehendem auch allen Nachbarinnen Kenntnis zu geben.

Vom Lebensmittelmarkt.

Die jähbare wirtschaftliche Not weiter Kreise veranlaßt die Geschäftswelt Hühnerfleisch, Reis und Mühlenfabrikate nach Möglichkeit weiter herabzusetzen; Fleischerien, Metzgereien und andere Lebensmittelgeschäfte veranstalten billige Sonderlager, um den Geschäftsgang etwas zu beleben. Ein früher Gegenstand hierzu sind die Auslagen der Feinkostgeschäfte. Die wunderbar aufgemachten Majonnaisen und Salate, frisches Obst wie Pfäumen, Äpfelchen und Pfirsiche aus süddeutschen Ländern liegen nicht nur zum Ansehen aus, sondern werden auch verkauft. So haben sich wohl selten die Gegenstände so stark bedeckt, wie gegenwärtig. Wie schon erwähnt, werden augenblicklich nur größere Läufe eingeht bei Hühnerfleisch und Geflügel. Letzteres ist zu dem bisherigen Preis immer in guter Beschaffenheit zu haben. Für das Pfund Suppenfleisch jetzt man 66 Pf., für Stücke ohne Knochen 1 Mk. Auch Fleischereien veranstalten mit Frischfleisch billige Tage. Der wurde Rindfleisch von 70 Pf. das Pfund an verkauft; für frisches Rindfleisch ohne Knochen wurden 1-120 Mk. gefordert. Schweinefleisch war in fast jeder Fleischerei als Saum für 95 Pf. und 1 Mk. das Pfund zu haben. Kalb- und Hammelfleisch wird von 85 und 90 Pf. an das Pfund abgegeben. Hammelfleisch und Knochen verlangt 120 Pf. für das Pfund. Kalbfleisch ohne Knochen 150 Pf. und Kalbschwanz 180 Pf. pro Pfund. Rühler Speck und Lungenfleisch wurde für 110 Pf. pro Pfund. Rühler Speck für 135-165 Pf. das Pfund verkauft. Der kleine Preisrückgang für Weid ist zum

Stillsand gekommen; nur gebackter Schinken ermüdete in dieser Woche seinen Pfundpreis um 10 Pf. In den Fischhandlungen gab es wiederum manches billige Angebot. Das Pfund grüne Heringe wurde zu 18 und 20 Pf. verkauft; Dorsch zu 30 Pf. und Goltbarisch zu 35 Pf. Groß war das Angebot an geschlagenen Hühnerschinken. Für das Pfund geschlagene Karpen zahlte man 130 Pf., diesen Pfundpreis haben auch geschlagene Hechte. Lebende Karpen kosten 150-170 Pf., lebende Hechte 0,90-1 Mk. Kleine Weichschnecken wurden zum Pfundpreis von 40 Pf. verkauft. Fettprokten wurden zu 40 Pf. das Pfund, Fettbällchen von 35 Pf. das Pfund abgegeben. In Fleisch- und Wurstwaren Räumereien hat man eine große Auswahl.

Die Butterpreise steigen weiter. Das Pfund schlesische Molkereibutter mit 1,90-2,20 Mk. bezahlt sein; Landbutter fordert 1,80 Mk., das fast 30 Pf. mehr als in der Normode. Sibirische Butter wird zu 1,85 Mk. und dänische Butter gar zu 2,40 Mk. das Pfund verkauft. Eier werden für 15-18 Pf. das Stück abgegeben. In das ziemlich abgeflachte Gemüsemärkte bringen die leuchtend roten Tomaten und die Stauden Erdbeeren etwas Farbe. Die erfrischen kosten 1,20-1,40 Mk. das Pfund und der Auslandsapfel 1 Mark die Stunde. Unangenehmlicher Spinat verlangt 45 und 60 Pf. für das Pfund. Frühes Kapuziner hat einen Pfundpreis von 60 Pf. und 1 Mk. Rosenkohl einen Pfundpreis von 60 Pf., Sellerie und Petersilienwurzel kostet 35 Pf., Mohrröhren rote Rüben und Erbsen 10 Pf. das Pfund. Karotten haben einen Pfundpreis von 20 Pf. Teufelweizen Rüben von 35 und 40 Pf. und Maronen ebenfalls von 40 Pf. Der Preis für Karotten mit 10 und 15 Pf. verkauft.

Die Annahme an Ägypten ist groß, aus dem Grunde trafen haben einen Pfundpreis von 80 Pf.-1 Mk. Die gelben großen Sankonen kosten 10-20 Pf. das Stück, das 50 Pf. das Pfund. Am liebsten werden jetzt die billigen Ägypter gekauft.

Die Arbeiterklasse hat sich in der Privatindustrie schmerzlich um die Stellung. Am 10. Oktober wurde von 2000 Personen dem Sahe stürmisch zugestimmt: „Es wird nicht eher besser werden, als bis sich eine Deputation von hunderttausend Arbeitern vor das Reichstag stellt.“

Das trotz den erheblichen und unaufrichtigen Lohnvermindierungen die Steuereinsparung nach dem alten Verdienst vorgenommen und alle Rücksichten mit äußerster Härte beigezogen wurden, steigerte die Erregung ganz besonders. Und diese Erregung führte schließlich dazu, daß in einer allgemeinen Versammlung der Eisenbahner und Fabrikarbeiter der Beschluß gefaßt wurde, Massen Demonstrationen gegen die Steuereinsparung an die Behörden abgeben zu lassen. Von den zu diesem Zweck ausgearbeiteten gedruckten Formularen wurden gegen 15 000 begehrt. Bei der Unmenge von Agitationskraft, den die Parteiverhältnisse und die herrschenden Parteien der Arbeiterklasse darboten, war es selbstverständlich, daß gerade die Breslauer Sozialdemokraten mit besonderem Eifer an die Wahlvorbereitungen gingen. Die ersten Vorbereitungen wurden schon im Frühjahr getroffen. Als Kandidaten wurden aufgestellt: Für den Reichstagswahlkreis Breslau-Ost der Maschinenbauer Albert Bräcker, Berlin und für Breslau-West der Sattler Julius Kräder. Die Wahlagitation war sehr rege und spiegelt die Widerstände bekamen es mit der Angst zu tun. Gegen Ende des Wahlkampfes wurden den Sozialdemokraten die Fälle abgetrieben, so daß sie sich mit kleineren Bezirksversammlungen begnügen mußten. Reinders legte es durch, daß die Partei den Magistat anging. Ihr die Wählerlisten zur Verfügung zu geben. Dieses Ersuchen lehnte der Magistrat ab, gab die Erlaubnis aber den Fortschrittler.

Nun drang Reinders in seiner Kampfsinnlichkeit darauf, die Genossen sollten den Fortschrittler in den Wahllokalen die Listen gewaltsam entreißen; doch gingen sie mit Recht darauf nicht ein. Der Ausgang der Wahl zeigte, daß die Furcht der Fortschrittler durchaus berechtigt war, denn er brachte der Sozialdemokratie gegen das Jahr 1874 einen Stimmenzuwachs von 349 Prozent, während die allgemeine Stimmenzunahme sich nur auf 48 Prozent stellte. In beiden Kreisen kamen die Sozialdemokraten mit den Fortschrittler in die Stichwahl. Genosse Wälfle erhielt in der Hauptwahl 4088 und in der Stichwahl 6051 Stimmen und Genosse Kräder 4683 und 7493 Stimmen. In der Stichwahl trafen in beiden Kreisen die Reformisten.

Die juristische Sprechstunde

findet in dieser Woche Mittwoch und Donnerstag, nachmittags von 3 bis 4 Uhr statt. — Eingang Seidenplatz 3.

Es wird nur Rechtsauskunft, und zwar gegen Vorlegung der Dokumentenquittung, erteilt. Schriftsätze werden nicht angefertigt.

Erwerbslose!

Parteilosen! Freigewerkschaftler! Zur Beratung in Fragen der Erwerbslosenfürsorge und Wohlfahrtspflege finden jeden Dienstag und Freitag vormittags 9-10 Uhr Sprechstunden im Zimmer 13 des Gewerkschaftshauses statt.

Auto und Landstraßen.

Die Not der Landstraßen, die durch den Automobilverkehr in kurzer Zeit in Grund und Boden gefahren sein werden, wird durch die Notwendigkeit zum Kraftfahrzeugverkehr in nächster Zeit den Reichstag beschäftigen. Insbesondere ist es der rasche Uebergang der Landstraßenförderung vom Schienenweg auf die Landstraßen, der die große Frage dringlich macht, was denn für die Dauer die gewaltig steigenden Kosten für die Erhaltung der Landstraßen bezahlet sein sollen.

Die durch die Wegeunterhaltung am meisten belasteten sind die deutschen Landstraßen, die von den 180 000 Kilometern allein 120 000, das heißt zwei Drittel, zu unterhalten haben, danach die Provinzen. Wie kommt z. B. der kleine schlesische Landwirt dazu, mit Kreissteuern oder Provinzialsteuern den Betrag zu bezahlen, den eine Eisenbahn in Köln an Eisenbahnzinsen dadurch erparnt, daß sie die Kreisstraßen in Schließen mit ihren Kraftwagen bedient?

Der „gewichtige“ Kettenbrief.

Eigentlich ist es verwunderlich, daß es in den aufgeregten Stadtstädten noch immer solche Fälle von Betrügern, Kartenlegerinnen, Astrologen und ähnlichen Schwindlern gibt, die hier nicht nur prächtig gedeihen, sondern sich auch wie die Pilze vermehren. Diese wie Keiche laufen zu ihnen und warten wegen der Nachfrage auf eine Konsultation oft hundentlang; ihr Glück, das sie bisher nicht zwangen, hoffen sie hier durch Wundermittel und Hypnotismus zu gewinnen.

„Wie bleibe ich jung und schön?“

O Sie glauben gar nicht, wie einfach das ist! Wenn Sie schon einmal jung und schön sind... Das ist kein Sonderheft! Wie bleibe ich jung und schön und auch die Ueberzeugung der Artikel und Photos dieses Heftes auf die Vorzüge und Schönheit der Haut nicht etwa „Wie werde ich jung und schön?“ Dazu ist Wissen zu haben. Er weiß, daß trotzdem die Haut immer und immer, die gerne erst jung und schön werden möchte, um es dann mit einem kleinen zu können.

Arbeiterfrau, höre! Wie bleibe ich jung und schön?

Du hast nach 9 Uhr früh auf (Schlaf ist ein wichtiger Gesundheitsfaktor), trittst an das Spiegelglas... Denn beachte! Du bist jung und schön und hast einen vortrefflichen Körper, der die Kameraderie in jeder Hinsicht mit einem besten Helfer bedarf. Du bist nicht zu lange hier, denn Zeit ist Geld, und du bist noch viel zu jung, um zu sterben, doch weißt du, daß die Kameraderie die Kameraderie ist, die gerne erst jung und schön werden möchte, um es dann mit einem kleinen zu können.

Das Wahlrecht der Naturfreunde, die Zusammenkunft aller besitzender, denen ein ehliches Leben freies Erlebens gelegen ist, wird heute Abend wiederholt. Am gestrigen Sonntag war die Zahl der Besucher eine so große, daß die Rassen vorzeitig geschlossen werden mußten. Hunderte mußten wieder umkehren. Der Beginn ist auf 7 Uhr abends festgesetzt und die Preise ermäßigt. Der große Saal des Gewerkschaftshauses ist prächtig dekoriert.

Der Pressedienst, der am Sonnabend in den Räumen des Kunaparkes stattfand, hat mehrere tausend Menschen zusammengeführt, denen ein reichhaltiges künstlerisches und unterhaltendes Programm eine stunde lang bis in die Morgenstunden bot. Hervorgehoben sei die ausgezeichnete Koloratursängerin Ada Sari (Mailand), die italienische Arien, eine russische Romanze, ein deutsches Lied von Meyer und leichte Zugaben mit gleicher Sängerkünne kaum je gehörten Kraft vortrug. Das Land des Orchester und erste Musik. Die Gesangstänzerin Svedlind und der Tänzer Jeller von Stadt-Theater zogen planlosvolle Proben ihrer Kunst. Später Kabarett-Vorträge hielten sich mehr im Rahmen des Grotesk-Komischen, der vor allem von Mitgliedern des Schauspielhauses erfolgreich ausgeführt wurde. Unter den Anwesenden sah man den Oberpräsidenten Genossen Zimmer, den Vorsitzenden des Provinziallandtages, Genossen Bandmann und Bestreiter seit aller anderen Körperschaften der Staats- und Selbstverwaltung. Neben Extravaganzen traten ferner als Propaganda worden vor und drachen eigentümlich nur mit einzelnen von Damen getragenen Moneten noch aufstellende Ueberzeichnungen.

Die unentgeltlichen Sprechstunden der Sozialberatungsstelle, Ritterplatz 1, finden Montag von 6 bis 7 Uhr, Mittwoch und Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Die Haupt- und Schlussprüfung der Prehijng-Säbdeutschen Klassenlehre beginnt am 3. Februar. Die Firma Arndt am Götterweg Tausendpfennig empfiehlt im Anzeigerblatt noch Lese.

Der Verbandseisenbahnrat Breslau tagte am 27. Januar in Breslau im großen Saal des Hauptbahnhofes unter dem Vorsitz des Herrn Reichsbahndirektions-Präsidenten Dr. Born. Neben den Wahlen zum Reichseisenbahnrat und zum Ständigen Ausschuss des Reichseisenbahnrats Breslau wurden Tarif- und Fahrplan-Angelegenheiten erörtert. Der Reichseisenbahnrat beschloß unter anderem einstimmig die Anträge: Fabrikarbeiter zu beschleunigen wie Speisekartoffeln und deutsche Kartoffelerzeugnisse zu den besten ausländischen zu befördern.

Die aus der Staatliche Lotteriegewinnung Ludwig in Firma B. Klement, Breslau, Ring 22, mittels, sind am 29. und 30. Januar folgende Hauptgewinne in der Großen Geldlotterie für das Grenz- und Auslandsdeutschland gezogen worden: 50 000 Mk. auf Nr. 21 383, 500 Mk. und 25 000 Mk. Prämie auf Nr. 33 777, 1000 Mk. auf 33 212, 5000 Mk. auf Nr. 104 719.

Wieder ein Synthesen- und Paralelschwindler. Bei dem auf der Höfentstraße 4 möbliert wohnenden Hypotheken- und Darlehensschwindler Klaus Herberg, 24 Jahre alt, dem angeblichen Vertreter mehrerer Banken bzw. Geldgeberfirmen, wie beispielsweise der Rheinischen Immobilienbank Köln, Hypothekensbank Berlin, Kriemhildstraße, Wertheim-Kongern Berlin u. a. hat die Kriminalpolizei auf Grund von Anzeigen wegen Betrugsgeltern eine Durchsuchung vorgenommen, die zur Beschlagnahme zahlreicher meist „leeres Stroh“ darstellender Korrespondenz wegen Beschaffung von Hypotheken und Darlehen führte. In ähnlicher Weise, wie die Darlehensschwindler Böhm und Kaffner, suchte auch Herberg durch verlockende Zeitungsangebote Interessenten, die sich zahlreich wegen Beschaffung von Hypotheken bzw. Darlehen meldeten und die er dann nach Zahlung der angeblich üblichen Vorhülle, Reihe, und anderen Spesen mit Verpfändungen bezüglich der schließlichen Geider verteilte. Die von den Darlehenssuchenden eingehenden Grundbüchels-Katastralausgangspapier, Bescheinigungen und sonstige Urkunden, deren Beschaffung mit erheblichen Kosten verbunden ist, hatte Herberg in seinem Zimmer zahlreich aufgestapelt, während er den Antragstellern vorgespiegelt hatte, die Papiere längst den Geldgeberfirmen zuzuschicken. Die beantragten Darlehen überließ er zu haben. Das vorgeschriebene Geschäftsbuch ist seit Monaten von Herberg nicht mehr geführt worden, so daß die zahlreich eingegangenen Darlehensanträge sich als gänzlich unkontrollierbar erwiesen haben. Es ergibt daher an alle diejenigen Personen, die mit Herberg in Bezug auf Darlehensbeschaffung in Verbindung gestanden haben und geschädigt worden sind, die Aufforderung, sich mit einer Anzeige an die Kriminalpolizei — Betrugsbekämpfung A — Breslau, oder an die nächsten Polizeiverwaltungen, Anzeigerstelle, Landjäger zu melden, unter Angabe der Höhe der eingekündigten Geldbeiträge und Benennung der Grundbüchels- und Urkunden.

„Mensch und Tier im Urwald“ bezieht sich ein Film des bekannten Filmregisseurs Hans Schatzburg, den das Arbeitsamt für die schlesische Jugendbewegung am Dienstag, den 2. Februar, abends 6 und 8 Uhr, im Festsaal des Matthias-Gymnasiums vorgeführt wird. Der Schauspieler Walter Koesner wird in einem Vortrage den Film näher erläutern. Karten im Arbeitsamt, Altblücherstraße 8/2, und an der Abendkasse.

Der befreundete Beamte. Ein Beamter, der einige Zeit den Inspektor der schlesischen Arbeitsämter, auf der Niederbasse vertreten hat, hat während dieser Zeit einer befreundeten Familie aus den Bekänden der schlesischen Kaschlagverwertungsstelle gedruckte Möbel- und Bekleidungsstücke überlassen, von denen nur einige bezahlt worden waren. Die Gegenstände sind zum größten Teil der Verwertungsstelle zurückgegeben worden, so daß ein neuwertiger Schaden nicht entstanden ist. Ob ein strafrechtliches Vergehen des Beamten vorliegt, wird das Gericht zu entscheiden haben.

Für das Fest des Bundes republikanischer Arbeiter am 6. Februar werden außer dem großen Saal der „Hier Jahreszeiten“ noch mehrere Nebenräume zur Verfügung stehen, in denen schon jetzt Tische durch vorherige Anmeldung bei der Hotelleitung reserviert werden können. Die Langzeit wird von der bekannten Kapelle Geisler ausgeführt werden. Der Kartenverkauf ist, um Ueberfüllung zu vermeiden, beschränkt, doch sind noch Karten (auch solche zu ermäßigten Preisen für Studenten) bei Uebermeyer, Tausendpfennig, Börsenstraße, Kaiser-Wilhelm-Straße, in der Buchhandlung der „Volkswacht“ und jetzt auch bei der Schiedsstelle der „Volkswacht“, Altblücherstraße, im Vorverkauf zu haben.

Ämtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Rrieters bei Breslau. (Messungen sind mit Quecksilber verfahren.)

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat: Gewerkschaftshaus, Zimmer 36. Telefon: OHL 5652. Der erweiterte Parteivorstand tagt heute abend 8 Uhr im Zimmer 9 des Gewerkschaftshauses.

Arbeiter-Wohlfahrtsauschuss. Freitag, den 5. Februar, abends 7 1/2 Uhr, wichtige Versammlung im Gewerkschaftshaus. Genossin P r o c h o w n i t spricht über: „Gefährdete Fürsorge und weibliche Polizei“.

Wohlfahrts- und Waisenpfleger- und -pflegerinnen! Da der Bericht sehr wichtig ist, wird vollständiges Erscheinen erwartet. Alle sich dafür interessierenden Genossinnen und Genossen sind ebenfalls eingeladen. Diskussionsführer! Frauenleiterinnen! Die Namen und Wohnung der Delegierten zur Bezirks-Frauentagung am 14. Februar fehlen noch von folgenden Distrikten: 2, 5, 6, 8, 10, 13, 23, 27, 31, 33, 34, 35, 36, 41, 42. Wir bitten, die Gewählten sofort dem Sekretariat mitzuteilen. Frauenleiterinnen. Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr. Zimmer 13 des Gewerkschaftshauses, wichtige Sitzung.

Von den Arbeiterkinderfreunden. Helfer und Eltern. Mittwoch, 8 Uhr, Zimmer 25 des Gewerkschaftshauses, Ausarbeitung über die Ergebnisse des Tännich-Kurklaus und die Folgerungen daraus für unsere Breslauer Arbeit. Die Gruppe 1 muß nach dem Novemberbericht absteuern. Den Dezemberbericht haben noch die Gruppen 1, 4 und 6 abzuwickeln. Samstag, alle Kinder, die in letzter Zeit noch bemitleidet wurden, werden daran erinnert, daß wir uns nach wie vor jeden Dienstag um 5 Uhr am Stadtpark, Ecke Ohlauer Straße, treffen.

Musikgruppe. Die Musikanten aus allen Gruppen treffen sich jeden Dienstag, 4 1/2 Uhr, in der Wohnung von Freund Heinrich Gennert, Gabelstraße 99, Hinterhaus, 3. Etage. Konfirmanden. Wir kommen nächsten Sonntag wieder vormittags 9-11 1/2 Uhr zusammen. Näheres in der Freitag-Volkswacht.

Gruppe 1 (Ohlauer Tor). Beim Volksschule Oflener Straße. Montag, 5 Uhr, Bakteln der Wädel; Donnerstag, 5 Uhr, Bakteln der Jungen; Freitag, 5 Uhr, Zusammenkunft aller Kinder. Gruppe 2 (Scheitnis). Beim Volksschule Rirktenstraße. Montag, 5 Uhr, Bakteln der Jungen; Mittwoch, 5 Uhr, Bakteln der Jungen; Freitag, 5 Uhr, Bakteln der Wädel. (Bakteln ist unbedingt mitzubringen.)

Gruppe 3 (Oberlor). Beim Volksschule Waterloostraße. Montag, 6 Uhr, Mäxchen-Gruppe; Mittwoch, 6 Uhr, Bakteln der Wädel; Donnerstag, 6 Uhr, Jüngere-Gruppe; Freitag, 6 Uhr, Bakteln der Jungen. Gruppe 4 (Mikolator). Beim Volksschule Rirktenstraße. Montag und Mittwoch, 4 1/2 Uhr, Bakteln aller Kinder; Donnerstag, 4 1/2 Uhr, Schachspiele; Freitag, 4 1/2 Uhr, kommen nur die für den Reigen bestimmten Kinder.

Gruppe 5 (Gräbchen). Beim Volksschule Nordstraße. Mittwoch, 4 1/2 Uhr, Markthalle Friedrichstraße. Treffen aller Kinder zur Sternchorprobe mit Gruppe 6; Freitag, 4 1/2 Uhr, Treffen Nord-, Ecke Herberstraße. Gruppe 6 (Strehlerer Tor). Beim S.M.V. Parade, Leichter, Montag, Bakteln der Jungen in der Parade, der Wädel bei Genossin Neugebauer, Friedstraße 2. I.; Mittwoch, Sprecher für alle; Freitag, 4 1/2 Uhr, Buchertauschen; 5 1/2 Uhr, Gemeindefest nachmittags; Sonnabend, Treffen der Kletterer in der Parade. — Eltern! Heute, Montag, 7 1/2 Uhr, im Seidenhof des Elisabeth-Gymnasiums, Lichtbildvortrag: „Das proletarische Kind.“ Erscheinen aller Eltern erwünscht. Unkostenbeitrag 10 Pfennige.

Eltern Breslaus! Am Dienstag, den 29. Februar, findet im Gewerkschaftshaus unser Elternfest statt. Programme (erwachsene 30 Pfennige, Kinder 15 Pfennige) sind ab heute in den Gruppen erhältlich.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Mit dem gestrigen Tage haben die Besatzungstruppen Köln verlassen, und deutsches zur Republik gehöriges Land unterstellt wieder deutscher Verwaltung. Zur gleichen Stunde übernimmt wie alleorts in deutschen Landen das Reichsbanner den Schutz der Republik. Die Kameraden des Ortsvereins Breslau begrüßen ihre Kameraden jenseits des Rheines und geben der Hoffnung Ausdruck, daß im nunmehr geräumten Gebiet bald kein Ort ohne eine Ortsgruppe des Reichsbanners sein möge. Den neuen Mitkämpfern im Westen Deutschlands zum weiteren Gelingen ein donnerndes „Frei Heil!“

Banner 7 (Löhle). Heute Montag, den 1. Februar, abends 7 1/2 Uhr, Monatsversammlung im „Sägerhof“. Frauen haben diesmal keinen Zutritt.

Arbeiteringend. Montag, abends 1/2 Uhr, findet unsere Jahres-Mitglieder-versammlung in der Viktoriaschule statt. Jedes Mitglied hat pünktlich zu erscheinen. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Konzerte — Theater — Vergnügungen. Stadttheater. Montag, 7 Uhr: „Aida“ mit Seria Eber-Oswald in der Titelrolle. Dienstag, Anfang 7 Uhr: „Kolen-Favallier“. Mittwoch, 7 Uhr: 11. Vorstellung im Abonnement „Die Jauberflöte“. Donnerstag, 7 1/2 Uhr: „Indigo und die vierzig Räuber“. Freitag: „Das verfeimte Kaden“ von Erik Coriolis. Diejenigen Abonnenten, die die zweite Rate des Abonnements unter Abstempelung der Karten in der Kassenbuch der Stattheaters noch nicht entrichtet haben, werden darauf hingewiesen, daß die Bezahlung der zweiten Rate unbedingt vor der nächsten Abonnementsvorstellung am Mittwoch erfolgt sein muß. Die Bezahlung kann noch vor der Vorstellung am zweiten Schalter der Abendkasse erfolgen.

Bobetheater. Montag wird Hofmannsthal's „Das große Welttheater“ wieder in den Spielplan aufgenommen. In Vorbereitung befindet sich Gudmeyer's rheinisches Lustspiel „Der fröhliche Weinberg“. Inszenierung Paul Barnau.

Thalia-Theater. Heute abend 8 Uhr und die folgenden Tage: „Irrgarten der Liebe“. In Vorbereitung befindet sich „Trielshübel“, eine tragische Begebenheit von Franz Kabl. Inszenierung: Renato Morca.

Schauspielhaus. Heute abend und täglich wird „Die Teresina“ von Oskar Straus in der Premiere Besetzung zur Aufführung gebracht. Dienstag am 25. Male „Die Teresina“.

Viktoria-Theater. Täglich, 8 1/2 Uhr, die große Aufführung: „Mal was anderes“ von Alfred Berg und Karl Bretschneider. Eine lustige Handlung in 25 Bildern, die populäre Musik und vor allem die Besetzung der führenden Rollen mit den populären Darstellern: Robert Steidl, Oswald Wenk, Eile Böttcher u. G., Emma Andree, Trude Neumann, Max Wendler, Paul Schäfer, Walter Grodenis und andere. Eintrittspreise 50 Pfennig, 1 Mark, 1.50 Mark und höher.

Der Zirkus Strahburger hat nach den großen bisher erzielten Erfolgen sein Gastspiel um einen weiteren halben Monat verlängert und zeigt heute abend den Breslauer seine allerneuesten sensationellen Attraktionsnummern. Gewaltiges Aussehen wird auch in Breslau die größte Zugnummer der Gegenwart, der weltberühmte Kic Diavolo mit seinem Roaming erregen. Kic Diavolos Roaming hat eine offene Galerie, so daß alle der vermögende Rodfahrer zeitweilig (und zwar mit dem Kopfe nach unten) frei in der Luft schwebt, ein Anblick, der einen übermältigen Eindruck hinterläßt. Der Beifall der nach Beendigung dieser tollkühnen Voranstellung dem einzigartigen Künstler Anteil wird, gleich dem Donnerrollen im Hochgebirge, in doch ein jeder Zuschauer des sensationellen Voranges schließlichen von Herzen hat, daß der sensationelle Akt mit heller Haut und gelunden Knochen wieder „auf Erden gelandet“ ist. Eintritt bei Parada und täglich von 10 Uhr vormittags an ununterbrochen an den Zirkustafeln.

Ämtliche Dividentur der Berliner Börse vom 1. Februar.

Table with 3 columns: Dividend type, Amount, and Date. Includes entries for 1000 shares, 100 shares, etc.

Gewerkschaftsbewegung.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in der Metallindustrie.

Forderungen des Metallarbeiterverbandes.

In einer Eingabe des Deutschen Metallarbeiterverbandes an den Reichstag und an die Reichsregierung wird eine angemessene Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung gefordert sowie verlangt, der zunehmenden Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit durch den Ausbau der produktiven Erwerbslosenfürsorge entgegenzuwirken. Das Gesamtbild der Wirtschaftslage sei außerordentlich trübe.

Das wird insbesondere auch durch die vom Deutschen Metallarbeiterverband durchgeführte monatliche Statistik über den Beschäftigungsgrad in der deutschen Eisen-, Maschinen- und Metallindustrie bestätigt. Die Umfrage im Dezember 1925 ergibt folgendes Bild:

Erfasst wurden 26 625 Betriebe mit 2 008 530 Beschäftigten. Davon waren voll beschäftigt 1 192 036 gleich 59,38 v. H. Davon waren Kurzarbeiter 690 905, gleich 32,90 v. H. Davon waren Streikende 5645, gleich 0,28 v. H. Davon waren Arbeitslose aus stillgelegten Betrieben 149 394, gleich 7,44 v. H.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen in der Eisen- und Metallindustrie beträgt jedoch weit über 900 000, denn zu den 149 394 Arbeitslosen aus stillgelegten Betrieben kommen weitere Hunderttausende, die in den verflochtenen Monaten aus den nicht stillgelegten Betrieben entlassen wurden. Das beweist unter anderem die Tatsache, daß der Deutsche Metallarbeiterverband am Ende Dezember vorigen Jahres 15,21 Prozent seiner Mitglieder als arbeitslos zählte.

Beachtlich sind auch unsere Feststellungen über den Grad der Kurzarbeit in der Eisen- und Metallindustrie. Ende Dezember 1925 arbeiteten von den Kurzarbeitern unter der normalen Wochenarbeitszeit: 1 bis 8 Arbeitsstunden 28,60 v. H., 9 bis 16 Arbeitsstunden 30,92 v. H., 17 bis 24 Arbeitsstunden 27,38 v. H., 25 und mehr Arbeitsstunden 13,70 v. H. Im Verhältnis zu der durch die Umfrage erfaßten Personen beträgt die Zahl der Kurzarbeiter 690 905, gleich 32,90 Prozent im Durchschnitt.

Der Metallarbeiterverband hat in seiner Eingabe nachstehende Forderungen an Reichstag und Reichsregierung gerichtet:

1. Ausreichende Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, entsprechend der jetzigen Notlage der Erwerbslosen.
2. Einmalige Unterstützung an Ausgefouerte und solche Arbeitslose, die trotz langer Erwerbslosigkeit fetter von der Erwerbslosenfürsorge ausgeschlossen wurden.
3. Befreiung der ungeschützten Bestimmungen der Reichsverordnung für Erwerbslosenfürsorge, die in vielen Fällen den Arbeitslosen jede Unterstützung verlagern. Reduzierung der Karenzzeit, Verlängerung der Bezugsdauer und anderes.
4. Wiedererrichtung einer Kurzarbeiter-Unterstützung.
5. Systematische Förderung des Wohnungsbau auf gemeinsamer Grundlage, unter voller Verwendung der Hauszinssteuer für diesen Zweck.
6. Umfassende produktive Erwerbslosenfürsorge.
7. Schärfere Handhabung der Stilllegungsverordnung. Schärfere amtliche Einwirkung gegen die in vielen Fällen nicht begründeten Betriebseinschränkungen und Stilllegungen.
8. Ratifizierung des Washingtoner Abkommens und gezielte Sicherung des uneingeschränkten Arbeitsnachmarktes.
9. Maßnahmen zur Unterbindung der von Unternehmern in Ausnutzung der Krise erfolgenden Lohn- und Gehaltsabzüge.
10. Maßnahmen steuer-, finanz-, wirtschafts- und sozialpolitischer Art, um der herrschenden Krise nachdrücklichst zu begegnen.
11. Beschleunigte Schaffung eines Reichsgesetzes mit rückwirkender Kraft zur Zurückweisung der von den ehemaligen Fürsten und deren Anhang an die einzelnen Länder gestellten Ansprüche.

Der Tarifkonflikt im Berggewerbe.

Das Trauerspiel des Tarifkonflikts im Berggewerbe steht jetzt auf seinem Höhepunkt. Der Konflikt tritt in ein akutes Stadium. Am Freitag wurde im Reichsarbeitsministerium den Vertretern des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bergangehörten eröffnet, daß der Reichsarbeitsminister folgende ungläubige Maßnahme plant: Der Gehaltskündigungsanspruch, der mit einer lediglich 4 Prozent betragenden Erhöhung die Gehälter im Berggewerbe sechs volle Monate unangetastet lassen will, soll als verbindlich erklärt werden. Dagegen soll die Arbeitszeitregelung, die eine Bezahlung der Überarbeit von der 50. Arbeitsstunde bis zur 54. Arbeitsstunde in der Woche erlaubt und lediglich letzteres als Arbeitsumfang charakterisiert, der nicht zur Regel werden darf, nicht verbindlich erklärt werden. Der Reichsarbeitsminister will im übrigen „im öffentlichen Interesse“ (!) ein neues Schiedsverfahren über die Arbeitsverhältnisse herbeiführen, das unter dem Vorbehalt eines Referenten des Arbeitsministeriums geplant ist. Als Vorbehalt und „Unparteilichkeit“ für ein solches Schiedsverfahren, das sich naturgemäß nur um die Arbeitszeit im Berggewerbe drehen würde, ist derjenige Deputierte in Aussicht genommen, der bisher vergeblich versuchte, die Arbeitnehmerorganisationen einem Vergleichsorschlag gefügig zu machen, der den durch den Schiedspruch erzwungenen Fortschritt wieder vollkommen illusorisch machen würde.

Welche Aussichten dieses vom Reichsarbeitsminister geplante neue Schiedsverfahren hat, geht mit einiger Deutlichkeit aus einer streng vertraulichen Information des Reichsverbandes der Bergangehörten hervor, in der dieser seine Mitglieder über die bisherigen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium informiert. Ein Exemplar dieser Information befindet sich im Besitz des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bergangehörten. Sie sagt an der entscheidenden Stelle wörtlich:

„In genannten Verhandlungen bemühte sich der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, eine zeitliche Verständigung zwischen den Parteien zu erzielen, und er blieb insbesondere bemüht, eine den praktischen Bedürfnissen unserer Mitglieder besser gerecht werdende Arbeitszeitregelung zu schaffen. Diese Bemühungen scheiterten jedoch an der Haltung der Angestelltenverbände. Ob vom Reichsarbeitsministerium aus noch weitere Schritte in dieser Angelegenheit unternommen werden oder ob die Angestelltenverbände sich auf die Forderung der Arbeitszeitregelung beschränken werden, ist ungewiß. Jedenfalls glauben wir noch dem Gang der Verhandlungen annehmen zu dürfen, daß die von unseren Herren Unterhändlern gemachten Darlegungen über die Auswirkung der im Schiedspruch vorgesehenen neuen Arbeitszeitregelung auf den Vertreter des Reichsarbeitsministeriums nicht ohne Eindruck geblieben sind.“

Dieser hereinübergeleitete Bericht des Reichsarbeitsministeriums ist der vom Reichsarbeitsminister in Aussicht genommene „unparteiliche“ Schiedsentscheidung im Berggewerbe.

Wenn das Schiedsverfahren an sich in Deutschland noch einer neuen Kompromittierung und Diskreditierung bedürfte, dann könnte das der hier im Berggewerbe heraufziehende neue Standaal bewirken. Die Öffentlichkeit, in deren Interesse angeblich die dargelegten Maßnahmen geplant sind, wird sich ebenso wie die Bergangehörten mit dem Standaal befassen müssen.

Der Verband ausgeschlossener Bauarbeiter hat Befehl zur Auflösung.

Dem „Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter“ ist von der SPD die Auflösung befohlen worden. Die Mitglieder des kommunistischen Verbändchens sollen in den Deutschen Bau-Gewerksbund übergeführt werden. Der Auflösungsbeschluss ist vor einigen Monaten nach heftigem Streit auf dem „Reichslongreg“ der „Ausgeschlossenen“ gegen die Stimmen der Berliner unter Führung Kaisers gefaßt worden. Die Berliner wollen ihren eigenen Laden noch weiter offenhalten und erst dann die Verschmelzung mit dem Bau-Gewerksbund herbeiführen, wenn sie ebenfalls Mitglieder haben wie dieser, weil sie glauben, dann den Bau-Gewerksbund zu guten Arbeitsbedingungen zu zwingen. Die Rebellion der Kaiser und Genossen gegen die Beschlüsse der Komintern hat ihnen den Vorwurf des Antivolkschweins eingebracht. Jetzt werden nun die Beschlüsse des Verbandes der „Ausgeschlossenen“, über die die kommunistische Presse noch nichts berichtet hat, bekannt. Die Beschlüsse belagen unter anderem:

1. Neue Mitglieder werden ab 1. Januar 1926 nicht mehr aufgenommen.
2. Die Mitglieder des Ausschlossenen-Verbandes sind mit allen Mitteln und unter allen Umständen in den Deutschen Bau-Gewerksbund zu überführen.
3. Die endgültige Auflösung des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter erfolgt am 31. März 1926.

Der Deutsche Bau-Gewerksbund hat bekanntlich keine besonderen Arbeitsbedingungen mit Vertretern des Ausschlossenen-Verbandes vereinbart. Für die Wiederaufnahme in den Bau-Gewerksbund gelten die Beschlüsse der Bundestage von 1922 in Leipzig und 1924 in Hamburg.

Zusammenschluß der Gelben.

Unter dem Namen „Reichsausschluß werkschaftlicher Verbände“ sind nach einem Bescheid des Reichs- und preussisch-ländlicher Arbeiter- und Arbeiterinnen, der Reichsbund deutscher Angestelltenberufsverbände und der Reichsbund deutscher Klein- und Straßenbahner sowie weitere „vaterländische“ Berufsorganisationen zusammengetreten. Die Leitung des Reichsausschlusses unterliegt einem vierköpfigen geschäftsführenden Komitee. Mit der Bildung dieses Reichsausschlusses sei die Einheitslinie aller auf dem Boden der Werkschaftlichkeit stehenden Organisationen hergestellt. Der „Nationalverband“ deutscher Berufsverbände, die bisherige Spitze der Gelben, ist damit erledigt.

Es ist Sache der fektorganisierten Arbeiter, sich diese „nützliche“ Erfindung gehörig unter die Lupe zu nehmen.

Die Sonderunterstützung der Tabakarbeiter.

In einem Kundentag des preussischen Wohlfahrtsministers über die neuen Bestimmungen des Reichsfinanz- und Arbeitsministers für die Sonderunterstützung der Tabakarbeiter wird unter anderem darauf hingewiesen, daß die Erfüllung der Bedürftigkeit der Tabakarbeiter nicht angherzig vorzunehmen ist. Kleinheit der sich bei Tabakarbeitern vielfach findet, darf nicht für die Beurteilung der Bedürftigkeit in Betracht gezogen werden. Zur Berechnung der Unterstütlungsätze für Kurzarbeiter sind die Lohnausfälle im Laufe einer Woche zusammenzuzählen und durch 6 zu teilen. Dem Kurzarbeiter darf nur für jedes volle Sechstel, um das sein Wochenarbeitsverdienst gemindert ist der Tagesunterstützungsatz einschließlich der Familienzuschläge gewährt werden.

Vor der Vereinigung der Gewerkschaftsbewegung in der Tschechoslowakei.

Am 20. und 21. Januar 1926 wurden die Verhandlungen zwischen der tschechischen Landeszentrale von Prag und der deutschen Zentralgewerkschaftsbewegung unter dem Vorsitz des Sekretärs des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Genossen J. Dudgeest, fortgesetzt. Von den Verhandlungsergebnissen vom Januar und April 1925 über die Grundlagen der Vereinigung wurde der letzte Teil beraten und ein Einvernehmen erzielt. Die vereinbarten Bestimmungen bedürfen noch der Genehmigung der verantwortlichen Körperschaften.

Da zu erwarten ist, daß auch diese Vereinbarungen genehmigt werden, wird damit die Grundlage für die Vereinigung von mehr als einer halben Million Mitglieder, die bisher in zwei Gewerkschaftszentralen zusammengefaßt waren, in eine gemeinsame Landeszentrale (Oborová Struzeni Československe) geschaffen. Auf Grund des genehmigten Abkommens wird über die Durchführungsbestimmungen weiter verhandelt. Diese Verhandlungen finden am 27. und 28. April d. Js. statt.

Gewerkschaftliches Durcheinander in Argentinien.

Die gewerkschaftlichen Verhältnisse in Argentinien sind zurzeit so verwickelt, daß es vermutlich binnen kurzem zu einer entscheidenden Krise kommen wird. Kommunisten und Syndikisten liegen sich mehr als je in den Haaren und machen mit ihrem Sektierertum jede gewerkschaftliche Wirksamkeit unmöglich. Wie sehr diese Uneinigkeit auf die ganze Bewegung drückt, zeigt sich zum Beispiel im Verhalten des sektorgewerkschaftlichen Verbandes des Argentinischen Gewerkschaftsbundes, das heißt des Möbelhändlerverbandes, der in einem Leitartikel seines Blattes auf die Unzulässigkeit der Abhaltung des für den Monat April anberaumten Kongresses des Argentinischen Gewerkschaftsbundes hinweist. Die Fortsetzung des Gewerkschaftsbundes macht angesichts dieser Verhältnisse schnelle Fortschritte. Ein gleichzeitig zusammengefaßtes Komitee hat nun beschloffen, für Ende Februar einen Kongress einzuberufen und bei dieser Gelegenheit zur Gründung einer neuen Landeszentrale überzugehen. Dieser neuen Landeszentrale wird unter anderem der starke Eisenbahnerverband angehören, der bei der Internationalen Transportarbeiter-Föderation angeschlossen ist.

Allindischer Gewerkschaftskongress.

Am dem kürzlich in Madras abgehaltenen Kongress des Allindischen Gewerkschaftsbundes nahmen etwa 150 Delegierte von 60 bis 70 Gewerkschaftsverbänden teil. Der Kongress brandmarkte die Behandlung der indischen Bürger in Südafrika und nahm eine Resolution an, in der die internationalen Arbeiterorganisationen aufgefordert werden, die Entschädigung der Indier in Natal (Teil der Südafrikanischen Union) zu verhängen. Weitere Entschuldigungen verlangen die Vertreibung der Arbeiter in den verschiedenen indischen gelegenen Körperchaften und geeignete Maßnahmen zum Schutz der Mutterkraft.

Eine Resolution des Kongresses fordert von der Regierung die Unterstütlung der Lage der Arbeitslosen und die Einführung der Arbeitslosen-, Alters- und Krankheitsversicherung. Ferner wird gefordert, daß das Bestrafungssystem, das in Bezug auf die Eisenbahner, Handels- und Industrieangestellte angewendet wird, abgeschafft werde. Es sollen Arbeitsämter eingerichtet und Schiedsgerichte zur Schlichtung der Arbeitskonflikte geschaffen werden. Der Kongress sprach sich für den Achtstundentag aus und drückte den empfindlichen und aufständischen Arbeitern den Dank für die Unterstütlung aus, die sie den indischen Gewerkschaften bisher erwiesen haben.

Ein Kongressbeschluss fordert, daß Indien unverzüglich die Rechte eines Dominions (einer selbstverwaltenden Kolonie) einverleibt werden.

Wirtschaft.

Die Landbank bekommt Staatskredite.

Die preussische Regierung hat sich bereit erklärt, der Landbank, die bis jetzt unter dem unheilvollen Einfluß Eugenbergs stand, weitere Kredite zu gewähren. Die Kredite werden aber von der Bedingung abhängig gemacht, daß die sich im Besitz der Eugenbergschen Privatbank (Ostbank) befindlichen Aktien der Landbank, soweit sie nicht von der Provinz Grenzmark erworben werden, auf den preussischen Staat bzw. die Seehandlung zu einem Kurse von 1 pro Tausend übergehen. Außerdem muß dem Staate maßgebender Einfluß auf die Bestimmung der Vorstandsmitglieder und der Aufsichtsratsmitglieder der Landbank eingeräumt werden. Damit ist Eugenberg glücklicherweise aus der Landbank, wo er in überflüssiger Einwirkung stehen wird, herausbugliert. Die preussische Regierung kam zu dem Entschluß, die Kredite zu gewähren, um nicht zahlreiche Siedler, die durch die Tätigkeit Eugenbergs in ihrer Existenz bedroht waren, ihrem traurigen Schicksal zu überlassen. Als Dank wird die preussische Regierung wünschenswert erachtet, daß die Eugenbergsche Stelle sie aufs neue verdächtigt, nichts für die Siedler zu tun.

Die Aufwertung hinterlegter Wertpapiere.

Im § 2 der 3. Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über die Aufwertung öffentlicher Anleihen vom 10. Januar dieses Jahres sind mehrere Bestimmungen über das Verfahren bei der Aufwertung hinterlegter Markantleihen enthalten. Dant einer allgemeinen Verfügung des preussischen Justizministers ist für die Durchführung dieser Verordnung mit dem Reichsbankdirektorium ein Verfahren vereinbart worden, über das amtlich folgendes mitgeteilt wird:

Die Vermittlungsstellen (Bankanstalten, Sparkassen usw.) leiten die Unteraufträge der Antragsteller, denen die Hinterlegungsbescheinigungen beigelegt sind, an die Reichsbankanstalt in deren Besitz die Kasse ihren Sitz hat und bei der die Anleihen hinterlegt sind. Die Reichsbankanstalten werden mittels Formulare nach Eingang des Antrages die hinterlegten Anleihestücke von diesen Stellen abzurufen unter Beifügung des Teils A 1 des Antragsordres für den Austausch von Markantleihen des Reiches in die Aufwertungsanleihe, des Hinterlegungsbescheinigungen beigelegt sind, an die Reichsbankanstalt Antragstellers. Die Hinterlegungsstelle sendet hierauf Teil A 1 des Antragsordres nebst Hinterlegungsbescheinigung und den hinterlegten Stücken der Markantleihen des Reiches sowie mit Zins- und Erneuerungsbescheinigungen, die mit einem Stempelabdruck versehen werden, an die anfordernde Reichsbankanstalt. Die Aufwertung der Anleihebescheinigungen und der Aufwertungsbescheinigungen durch die Reichsbankanstalten an die Hinterlegungsstellen. Die Erklärung des Antragstellers bleibt bei der Hinterlegungsstelle.

Liquidierung der Rentenbankfischein.

Auf Grund des § 15 des Gesetzes über die Liquidierung des Umlaufes an Rentenbankfischein vom 30. August 1924 wird hiermit bekanntgemacht, daß bis zum 31. Dezember 1925 ein Betrag von 471 006 384 Rentenmark in Rentenbankfischein eingezogen worden ist, so daß ein Betrag von 1 608 772 199 Rentenmark im Umlauf verblieb. Von dieser Summe befand sich ein Teilbetrag von 133 041 451 Rentenmark in den Kassen der Reichsbank.

Wohnungsneubauaktivität im Jahre 1925.

Wie der Amtliche Preussische Pressebericht mittelt, zeigen die jetzt vorliegenden Zahlen über die Entwicklung der Wohnungsneubauaktivität in der Zeit von 1. Oktober 1924 bis zum 1. Oktober 1925 eine erfreuliche Steigerung gegenüber den Vorjahren, insbesondere dem Jahre 1924. Während die entsprechenden Zahlen für das Jahr 1921 59 800, für das Jahr 1922 74 200, für das Jahr 1923 77 900, für das Jahr 1924 55 200 betragen, sind in dem Zeitraum von 1. Oktober 1924 bis dahin 1925 rund 93 000 neue Wohnungen begünstigt hergestellt worden. Außerdem waren am 1. Oktober vorigen Jahres noch etwa 81 000 Wohnungen im Bau begriffen, von denen im Vierteljahr Oktober-Dezember 1925 noch etwa 22 000 Wohnungen fertiggestellt worden sind.

Zusammensetzung des Reichswassertrahenbeirates.

Der Reichswassertrahenbeirat hat nunmehr nachstehende Herren in den Reichswassertrahenbeirat berufen: (in Klammern die einzelnen Stellvertreter) Oberbürgermeister Bock-Berlin, (Oberbürgermeister Dr. Landmann-Frankfurt), Dr. Duisberg-Düsseldorf, (Dr. Wieland-Elm), Direktor Engendinger-Münster, (Karlens-Miesbaden), Geheimrat Dr. Engels-Dresden, (E. Voie-Wildau), Reichsminister a. D. Hamm, (A. Palentin), Ministerpräsident Dr. Held, (Dr. von Groppmann), Dr. Wolf-Duisburg, (D. Krawinkel-Essen), Generaldirektor Dr. Ott, (Generaldirektor Hoch), Dr. Daaß-Berlin, (Generaldirektor Jäger-Mannheim), H. Lindes, (E. Weber-Fomberg), Geheimrat Dr. Schiemens-Berlin, (Freiherr von Wangenheim-Walden-Venz), D. Schamann, (W. Frische-Hamburg).

Verkauf der Stinnes Flotte an Deutsch-Austral und Kosmos.

Von zuständiger Bankseite wird folgendes mitgeteilt:

„Die in der Presse erschienenen Nachrichten über den vorläufigen Erwerb der Stinnes-Flotte durch die Deutsch-Austral und Kosmos-Linien bestätigen sich. Wie wir hören, hat die Familie Stinnes und das Liquidations-Komitee dem durch die genannten Gesellschaften gemachten Angebot bereits zugestimmt, so daß nunmehr nur noch die Zustimmung der in Betracht kommenden Stellen der Deutsch-Austral und Kosmos-Linie ausbleibt.“

Der Übergang der Stinnes-Flotte an die genannten Schiffsahrtsgesellschaften wird sich, wie der „Berliner Börsen-Courier“ mittelt, demnächst vollziehen, daß sich die Deutsch-Austral-Dampfschiffsahrtsgesellschaft das Aktienkapital der Hugo Stinnes A.-G. für Seeverkehr und Ueberseehandel, das 5 Millionen beträgt, mit 6 Millionen Mark, also zu 120 Prozent, übernimmt und die 21 Millionen hypothekarische Belastungen. Insgesamt bedeutet dies also einen Betrag von 27 Millionen Mark. Eine Kapitalerhöhung wird nicht vorgenommen.

Angenommen, daß diese Mitteilungen über die finanzielle Seite der Transaktion zutreffen, ist doch nicht ohne weiteres ersichtlich, bis zu welcher Höhe dieser Verkauf nunmehr das Stinnes-Konfortium entlastet. Es handelt sich bei dem Verkauf offenbar nur um die Stinnes-Hochseeflotte, das heißt 28 moderne Fracht- und Passagierschiffe, mit einem Gesamttonnage von rund 140 000 Tonnen. Es befinden sich noch 2 Motorschiffe mit 10 800 Tannen im Bau. Die dem Stinnes-Konzern außerdem gehörenden kleineren Schiffe (insgesamt 42 000 Tonnen) und Seefahrtsschiffe (59 000 Tonnen) werden voraussichtlich in die noch zu gründende Ruhr-Kohlenhandels-A.-G. eingebracht werden.

Keine Monopolisierung der Zündholzindustrie.

In einer kleinen Anfrage im Preussischen Landtage wurde auf angebliche Bestrebungen hingewiesen, die Zündholzindustrie zu monopolisieren und an den Schweden-Lieferanten zu übergeben. Durch eine kürzere Schiedung der deutschen Zündholzindustrie und ihrer Kapitalgebiete herbeigeführt würde. Wie gemeint aus der Antwort des preussischen Landesministers, ist in dem Staatsministerium von einer derartigen Monopolisierung nichts bekannt. Obgleich wenig davon ist, so ist es doch an dem Schweden-Lieferanten für eine längere Zeit von 10 Jahren ein Mark verpachtet werden soll. Einige Verhandlungen über die von dem Staatsministerium mit dem Schweden-Lieferanten verhandelt werden.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Heizenprobleme. Wohnungsnot in der Gemeinde. Schon viel wird über das Wohnungselend in der Stadt geklagt, aber in der Gemeinde Heizenprobleme ist es viel schlimmer. So wohnen hier zum Beispiel in einer Stube und Küche zwei Familien und vier erwachsene Kinder. In einem zweiten Hause sind ebenfalls in einer Stube und Küche zwei Familien und drei erwachsene Kinder. Trotzdem ist es nicht möglich, für die Gemeindeglieder eine Hausinspektionshypothek zu erhalten, weil der Herr Gemeindevorsteher pünktlich die Steuern einzieht und fortzuschaffen, aber die betreffenden Stellen nicht auf das Wohnungselend in Heizenprobleme hinweist. Das die jungen Leute nicht in Langlokalen gehen, darauf achtet die Polizei sehr gut. Wie aber die Sittlichkeit unter dem Wohnungsmangel leiden muß, darüber denkt niemand nach. Wohnungskommissionar, Gemeindevorsteher, sowie die Gemeindevorstellung sind über diese Zustände genau unterrichtet, aber es geschieht nichts, das nach einer Änderung ausläßt.

Kleinodsbef. Unfall mit tödlichem Ausgang. Der neunjährige Schüler Ernst Wetz kochte sich schon seit einigen Tagen nicht wohl, wollte sich aber nicht krank melden und arbeitete die Arbeit zu verlieren oder eine Einbuße am Lohn zu erleiden. Schon einige Male ist es ihm so ergangen und hat er sich durch ein kräftiges Schnupftuch wieder auf die Höhe gebracht. Auch dieses Mal hoffte er dadurch Erleichterung zu finden und ließ er zu diesem Zweck in einem im Kesselfaß der Zuckerfabrik Kleinodsbef vorhandenen Seifenschaum, in dem fast 60 Grad Hitze herrschen. Er benützte dazu seine Kräfte, entleerte sich vollständig und als seine Arbeitskollegen sich nach einiger Zeit nach ihm erkundigten, fanden sie ihn bewußtlos vor. Er wurde sofort an die frische Luft gebracht, doch war eine Rettung nicht mehr möglich, denn das Blut drang ihm aus Ohren und Nase. Der Rücken und die Arme wiesen große Brandstellen auf und wurde die Leiche vor der Staatsanwaltschaft beklagt.

Die angeordnete Sezierung wurde im Beisein der Staatsanwaltschaft vom Kreisarzt Dr. Wenzberg vorgenommen, das Resultat ist aber nicht bekannt. So geht ein Proletarier zu Grunde, kann die Belegschaft mit Recht sagen, denn seit ungefähr 50 Jahren hat der Bergbau im hiesigen Betrieb gearbeitet und sich keine Ruhe gegönnt. Zu Hause wußte er keine, seit vielen Jahren durch Krankheit an das Bett gefesselt Frau und so war er auf jeden wenig Lohn, der ohnedies sehr gering ist, dringend angewiesen. Schon immer haben die Vertreter der Belegschaft den Wunsch geäußert, für die alten Arbeitskollegen ein Heim zu errichten, damit sie nicht bis zu ihrer Sterbestunde in der täglichen Fron stehen müssen; leider wurden diese Wünsche bisher nicht erhört. Für die alten Arbeiter, die eine Pension gefordert, daß sie im hohen Lebensalter von Not und Sorge befreit sind. Wann wird auch für die alten Arbeiter, die ein Menschenalter hindurch ihre Knochen und Gesundheit dem Betriebe geopfert haben, eine ähnliche Einrichtung geschaffen werden? Den Kollegen wird aber dringend ans Herz gelegt, sich rechtlich und einig dem Arbeiterverband anzuschließen, der immer für menschenwürdige Behandlung eintritt.

Kleinodsbef. Mißglückter Herzfall. Ein Radfahrer fuhr in den Abendstunden des gestrigen Tages auf dem Kleinodsbefer Radweg, als ihn ein Stroh am Rade festhielt, ihn umwarf, um ihm das Rad zu entreißen. Der Radfahrer legte sich jedoch zur Wehr und schlug so sehr auf den Banditen ein, daß dieser schmerzhaft ohne das Rad Reißaus nahm.

Zweibrucht. Nach einmal: Der Hausbesitzer und der Erwerbslose. Auf einen Bericht, der sich mit dem Hausbesitzer zu tun hat, haben wir einer Erwiderung freundliche Aufnahme gewährt, in der sich Herr Zukunft als Parteimitglied und gewerkschaftlich organisierter Arbeiter zu empfehlen suchte. Jetzt wird uns vom Verkehrslande, dem Herr Zukunft als Breslauer Straßenbahner doch wohl angehören müßte, mitgeteilt, daß dieser Herr Zukunft, wenn er organisiert ist, dem christlichen Verbands, und wenn er einer Partei, dann eben einer rechtsstehenden Partei, angehört. Demnach


hätte sich also Herr Zukunft durch Schwindel betrunken geführt, obwohl man als Christ doch vor allen Dingen die reine Wahrheit sagen soll. Ob es nun bei dieser Feststellung bleiben oder ob Zweibrucht durch noch weitere Veröffentlichungen über diesen Fall zu ganz besonderer Berühmtheit kommen wird, wissen wir noch nicht.

Kawallen. Gemeindevorsteher-Sitzung vom 18. Januar. Beschlussefassung über die Anliegerbeiträge zu den Hochwasserbürgarbeiten Kawallen - Friedewalde - Wilhelmstr. Drei Herren aus Wilhelmstr. nahmen an der Sitzung teil und schilderten die Lage betreffend die Anliegerbeiträge. Die Gemeindevorstellung nahm Kenntnis von dem Vortrag und verwies die Sache an den Bezirksausschuß. Zur Vinderung der Kosten unserer Erwerbslosen wurde beschlossen, sobald dieses Weiter einleitet, Arbeitslosen in unserer Gemeinde in Angriff zu nehmen. Ein Darlehen von 2000 Mark soll aufgenommen werden. Da unser Dorf schon vor der Kriegszeit elektrische Beleuchtung hatte, aber in der Inflationszeit die Gelder nicht mehr aufbringen konnte, mußte die Beleuchtung eingestellt werden. In dieser Sitzung wurde beschlossen, das Licht wieder in Stand zu setzen. Die Arbeit wurde dem Wert übertragen. Ferner wurde beschlossen, Beschaffung neuer Gelder für 12 Siedlungshäuser in unserer Gemeinde. Genosse Krause schilderte die Lage der Erwerbslosen und stellte den Antrag, den Gemeindevorstand über den Vorhaben der Erwerbslosen zu ermächtigen, denen die so lange schon auf Unterstützung warten, einen Vorstoß zu gewähren, damit ihnen aus der bittersten Not geholfen ist. Es wurde auch die schlechte Bezahlung in den dem Güte Pöpel gehörigen Gewerken kritisiert, dort erhalten jugendliche Arbeiter 35 Pfennige Stundenlohn, verheiratete 47 Pfennige. Der Verwalter oder Inspektor gab zur Antwort, wenn die Leute aus dem Keller herauskommen, da sind sie ausgeruht, denn zu arbeiten brauchen sie nicht viel. Von Seiten der Zuhörer wurde ihm jedoch die richtige Antwort erteilt. Die Sitzung war von 30 Zuhörern besucht, die von den Verhandlungen Kenntnis nahmen.

Das Waldfest der Naturfreunde
 wird heute Montag wiederholt
 Beginn 7 Uhr.
 Eintrittskarten nur an der Abendkasse.

Dr. med. W. Krause
 Facharzt f. Knochen-, Gelenk- u. Massage
 (Orthopädische Anstalt)
 Breslau, Salvatorplatz 3/4, Garth. u. III. Stock
 Werktäglich 10-12, 3-5
 Bei allen Krankenkassen zugelassen.

Bettfedern-Bäumen
 staubfreie Landw., täglich reell, preisw. Verkauf,
 nicht nur an Ausnahmestagen. Besichtigung der
 Ware gern gestattet. Helles Füllzimmer Spezial-
 geschäft Herzog, Matthiasstraße 100, I. Etg.,
 Waterlooplatz. Straßenbahnfahrt wird vergütet.



Speziell bei erschöpfenden Schmerzen Krankheiten habe ich Köstritzer Schwarzbier gern verordnet. Ich halte das Bier für sehr beförderlich und wertvoll für die in der Ernährung heruntergekommenen Patienten.
 Dr. med. D. in K. (3012)

Pfänder-Auktion!
 Am 3. Februar 1926.
 Leihhaus Hildmann
 Matthiasstraße 113.
 Schnürstiefel, 2-10 Pfd.,
 Lippert, Helmst. 15.

Sofort Geld!
 Beihamt Köhler
 Albrechtstraße 43, I.

Sanorien
 kauft jeden Posten
 E. Riedel
 Klosterstraße 123.

Bitte bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen

Wohnungen
Tausche
 Entree, 1 fenstr. Küche,
 2 fenstr. Zimmer, 1 fenstr.
 Zimmer in ähnliche.
 Waterloostr. 17, 5. u. II. Etg.
 bei Kurzbach.

Kleine Anzeigen
 sind kompakt gesetzte einsp. Anzeigen v. Verkäufen, Kaufgesuchen u. a. nur von Privaten. Wort 3 Pfg., Zeile 4 Pfennige.
 Gebraucht, Ausgezeichnet, Uhr,
 2 Stühle, Gardinensängen,
 Fingerringe, Gaslampen, bill.
 Jensch, Lothringstr. 9.

Inventur-Ausverkauf

Heute Montag vierter Tag

Sehr vorteilhafte Sonderangebote in Herren-Wäsche

Nachthemd aus gutem, mittelfeinem Wäsetuch mit farbigen Waschbörstchen u. Umlegekragen	5 ³⁰	Weißes Oberhemd aus gut, mittelfeinem Wäsetuch mit Pikeefalten-Einsatz Beste Verarbeitung. Mit Manschetten, 7,80, ohne Manschetten	6 ⁸⁰
Nachthemd aus gutem, mittelfeinem Wäsetuch mit farbigen Waschbörstchen. Halsfreie Form	5 ⁵⁰	Smokinghemd aus vorzüglichem, gestreiftem Wäsetuch mit Umschlagmanschetten	10 ⁵⁰

Ein großer Schlaf-Anzüge mit Schalkragen und Verschönerung, beste Verarbeitung	
Serie 1 Gestreifter Perkal 11 ²⁵	Serie 2 Gestreifter Zebr 11 ⁷⁵
Serie 3 Gestreifter Sportlanell 12 ⁷⁵	

Farbig Oberhemd aus gut, gestreift, Perkal m. Falten-einsatz, Krag. u. Umschlagmansch.	5 ⁵⁰	Farbiges Oberhemd aus bestem, gestreiftem Makro-Zefir mit 1 steif, Kragen u. Umschlagmanschetten	9 ²⁵
Farbig Oberhemd aus gutem, gestreiftem Zebr mit 1 steifen, 1 weichen Kragen und Umschlagmanschetten	7 ⁹⁰	Farbiges Oberhemd aus bestem, gestreiftem Makro-Trikoline, Sportform, mit 1 weichen Kragen und Umschlagmanschetten	12 ²⁵

Leinenhaus Bielschowsky
 Nikolaistraße 72-76 Breslau Ecke Herrenstraße

Köstritzer Schwarzbier
 das Bier für Sie!
 erhältlich bei Curt Dienrich Biergroßhdlg., Breslau 10,
 Matthiasstraße 67/71a, Fernspr. Ring 81 und 843,
 und in allen durch Plakate kenntlichen Geschäften.

Direkt aus der Fabrik
 ohne jeden Zwischenhandel liefern wir für
 Mk. 2¹⁰ per Liter einschl. Steuer
 den berühmten **Alten Breslauer** 35%
Weißbrand-Verschütt Mk. 2⁵⁰
Jamaika-Rum-Verschütt 2⁹⁰ 3⁵⁰
 Unsere in ganz Deutschland berühmten
Edel-Liköre
 Mk. 3⁰⁰ 3⁵⁰ alle per Liter
 und 3⁵⁰ einschl. Steuer
Herzberg & Co.
 Händelsstraße 48, Michelsstraße 3
 und Blücher-Platz 20.

Am Montag und 2 billige Tage!
Dienstag wieder
 in der
Nordsee
 Fernsprecher: Stephan 31840, 31841, 31842. — Postcheck Breslau 3484.

Elektrische junge grüne Heringe	zum Ersten 200 Kilo 200 Markieren 200 Kilo	das Pfd. nur	15
Fette, elektrische Voll-Bücklinge	1/2 Pfd.	Ganze Kiste mit 5 Pfd. Inhalt	10 160

Ferner ein neuer Schläger, zur solange Vorrat:

Felicitas Chokolade in reibem halben Gewicht besser wie sonst. Eckardt.	1/2 Dose brutto 260 Gr.	1/2 Dose brutto 340 Gr.	55 72
Felicitas Schokolade 1 Liter 2-Pfd. Dose	85	1 Liter 2-Pfd. Dose	105

und vieles andere ebenfalls billiger!
 Bitte beachten Sie unsere Preise in den Fenstern.

Geben auf Firma blaue weiße Flagge mit goldenem Schlüssel achten

Nähmaschinen
 empfiehlt bei weitgehendster Zahlungsvereinfachung
Alfred Schlesinger, Schmiedestraße 29a.

Achtung, Schnupfer!
 Der beliebteste Schnupftabak
Goldfarb's Gesundheitstabak
 in der gesetzlich geschützten Packung
 Verlangen Sie nur dieses in den einschlägigen Geschäften.

Das Gespräch des Tages!
Menschen und Schiffe in der kaiserlichen Flotte
 von L. PERSIUS, Kapitän zur See a. D.
 Gebunden S.75 Mark.
 Zu beziehen durch: Buchhandl. Volkswacht, Breslau 8, Neue Graupenstraße 8.